Militärgeschichte

Zeitschrift für historische Bildung

Heft 4/2021

Kommando Spezialkräfte
Zwischen Professionalität und Skandalisierung

Angriff auf das Generalkonsulat
KSK im Einsatz in Mazar-e-Sharif 2016

Bundeswehr im Innern
Die Hamburger Sturmflut 1962

20 Jahre Einsatz am Hindukusch

Die Bundeswehr in Afghanistan

ZMS Bw
Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Militärgeschichte

Multiperspektivisch, praxisnah und kompetenzorientiert

„Militärgeschichte“ ist multiperspektivisch und praxisnah konzipiert. Das Lehrbuch ist chronologisch aufgebaut. Inhaltlicher Schwerpunkt ist das 20. Jahrhundert. Das Buch stellt abwechslungsreiche Materialien für einen modernen Unterricht der historischen Bildung in der Bundeswehr zur Verfügung. Für fachlich Interessierte bietet der Titel eine wissenschaftlich fundierte Einführung in die Militärgeschichte.

Das Handbuch wurde auf der Basis der Zentralen Dienstvorschrift „Historische Bildung in der Bundeswehr“ vom **Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr** erarbeitet.

Militärgeschichte
Bestell-Nr.: 978-3-14-109705-4
34,95 €

www.westermann.de/militaergeschichte

„Das kompakte Überblickswerk glänzt durch die reflektierte Herangehensweise an sein Thema.“

Clausewitz, Heft 6/2021

Bestellen Sie einfach und schnell
leserservice@westermann.de

GESCHICHTE

westermann

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Afghanistan – kein Einsatz der Bundeswehr prägte die Streitkräfte und die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik so sehr wie dieser. Eine ganze Generation deutscher Soldatinnen und Soldaten begann ihre Karriere erst nach 2001. Auch wir Redakteure dieses Heftes verbinden persönliche Erinnerungen mit dem Land am Hindukusch.

Redakteur Christian Jentzsch erlebte den Initialfunken für das Afghanistan-Engagement, die Anschläge vom 11. September 2001, in der deutschen Luftwaffenausbildungsstaffel in Pensacola/Florida. Der Schock der Ereignisse auf beiden Seiten des Atlantiks, das Anlaufen der US-Militärmaschinerie und die fragenden Gesichter der verbündeten Soldaten, die nach Ausrufung des Bündnisfalls Solidarität erwarteten, prägten sich tief in sein Gedächtnis ein. Dass dieser Einsatz fast zwanzig Jahre lang dauern würde, ahnte er damals nicht. Fünf Jahre später hörte der Marineoffizier von einem Luftwaffenkameraden, der in Mazar-e-Sharif eingesetzt gewesen war, die angeblich afghanische Redensart: »Ihr habt die Uhren – doch wir haben die Zeit!« Wie prägnant diese die afghanische Mentalität beschreibt, ist ihm erst mit dem dramatischen Abzug aus Afghanistan im Sommer 2021 vollständig bewusst geworden.

Redakteur Chris Helmecke kam 2003 zur Bundeswehr. In jenem Jahr waren die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien erlassen worden: Die Bundeswehr sollte aufgrund der sich gewandelten sicherheitspolitischen Lage in der Welt stärker auf die internationalen Einsätze ausgerichtet werden. In der Ausbildung standen zunächst aber noch die Themen der Landes- und Bündnisverteidigung im Mittelpunkt. Nicht selten hörte man von Ausbildern die nicht unberechtigte Aussage: »Wer Spähtrupp kann, der kann auch Patrouille.« Denn auch im Einsatz galten die etablierten taktischen Grundsätze. Nach dem Studium 2010 wieder in der Truppe zurück, hatte sich das Bild verändert: Die Bundeswehr war nun fast zehn Jahre in Afghanistan. Viele Bundeswehrangehörige verfügten über Einsatzerfahrung. 2012/13 folgte für den Offizier dann die erste eigene Auslandsverwendung in Kunduz. Diese ist für Soldatinnen und Soldaten immer etwas Besonderes. Auch für die Bundeswehr war es eine wichtige Zeit. Nach der Hochphase der Gefechte 2009/10 war 2012 die Lage um Kunduz stabiler geworden. Zudem begann zu dieser Zeit die Transition von einer militärischen hin zu einer zivilen Führung. Schnell wurde klar, wie viele unterschiedliche zivile und militärische, nationale und internationale Akteure die Geschicke im Einsatz bestimmten.

Die **Militärgeschichte** widmet sich in der letzten Ausgabe des Jahres mit einem Schwerpunktheft zum Afghanistan-Einsatz diesem für die Bundeswehr, aber auch für die deutsche Gesellschaft insgesamt so wichtigen Thema. Gleichzeitig präsentieren wir damit Ergebnisse aus der aktuellen Forschung des ZMSBw.

Eine spannende und bildende Lektüre wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser

Ihr Christian Jentzsch und
Ihr Chris Helmecke

Militärgeschichte | Zeitschrift für historische Bildung

Im Sommer 2021 endete nach fast 20 Jahren der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Ein sicherheitspolitischer Rückblick.

Sturmflut in Hamburg 1962. Die Bundeswehr hilft der Bevölkerung bei den Aufräumarbeiten.

Verwüstungen nach dem Angriff auf das deutsche Generalkonsulat in Afghanistan 2016. KSK-Soldaten kämpfen um das Leben der eingeschlossenen Menschen.

Schnell und präzise: Seit 25 Jahren, hier im September 1997, trainiert das KSK die Rettung und Befreiung deutscher Staatsangehöriger im Ausland.

Bundeswehr/Andrea Bienert

Das Land Afghanistan sowie der Einsatz der Bundeswehr in Zahlen und Fakten auf S. 18/19.

Inhalt 4/2021

6 EINSATZGESCHICHTE I
Deutschlands Sicherheit am Hindukusch
20 Jahre Bundeswehr in Afghanistan

18 IM BLICKPUNKT
Zahlen und Fakten zu Afghanistan

20 MILITÄRGESCHICHTE IM BILD
1962: Hamburger Sturmflut

22 TSK-GESCHICHTE
Das Kommando Spezialkräfte

24 EINSATZGESCHICHTE II
Angriff auf das Generalkonsulat
KSK im Einsatz in Mazar-e-Sharif 2016

32 GESCHICHTE KOMPAKT
Wannsee-Konferenz | 1942
»Cerberus« und »Donnerkeil« | 1942
Truman-Doktrin | 1947

34 SERVICE
Bücher | Medien
Ausstellungen | Der besondere Tipp
Impressum

Bundeswehr/Andrea Bienert

Sicherung der Landezone: Ein Personnel Recovery Team bei einer Rettungsübung in der Nähe von Mazar-e-Sharif, 10. Juli 2019.

Warum Deutschlands Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt wurde

Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr (2001–2021)

Fast 20 Jahre lang war die Bundeswehr in Afghanistan in unterschiedlichen Missionen im Einsatz. Während dieses Zeitraums prägten sowohl politische als auch militärische Einflüsse die Operationen der Bundeswehr. Dabei spielten auch die Interaktionen mit ihren Verbündeten eine wichtige Rolle.

Von Hans-Peter Kriemann

Das internationale militärische Engagement in Afghanistan begann als unmittelbare Reaktion auf die Anschläge in den USA vom 11. September 2001, die durch Terroristen des al-Qaida-Netzwerkes verübt worden waren. Die Bilder der brennenden Twin-Towers des World Trade Center haben sich dauerhaft ins kollektive Gedächtnis der Zeitgenossen eingebrannt. Dadurch änderte sich nicht nur das internationale, sondern auch das deutsche Sicherheitsempfinden. Der daraufhin in Afghanistan begonnene Einsatz der International Security and Assistance Force (ISAF) entwickelte eine Dynamik, die ihn zum größten und zweitlängsten Auslandseinsatz, nicht nur in der Geschichte der Bundeswehr, sondern auch der NATO werden ließ. Schien die Anwendung militärischer Gewalt zunächst eine nachgeordnete Rolle zu spielen, brachte die Dynamik der Ausweitung des Einsatzes sowohl für die Bundeswehr als auch für die NATO die intensivsten Kämpfe von Landstreitkräften in ihrer Geschichte mit sich. Kein Auslandseinsatz hat Politik, Parlament, Medien und Öffentlichkeit mehr beschäftigt und das Bild der Bundeswehr nachhaltiger in der Öffentlichkeit geprägt.

Deutsche Beteiligung 2001–2002

Der Schock und die Empörung über die Terrorakte des al-Qaida-Netzwerkes lösten eine weltweite Welle der Anteilnahme aus. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) sicherte der US-Regierung bereits am folgenden Tag die »uneingeschränkte Solidarität« Deutschlands zu. Gleichzeitig waren aber auch die Sorge um die Sicherheit Deutschlands und damit die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ganz wesentliche Motive für die Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden militärischen Einsätzen in Afghanistan. Jedoch sahen die USA die Suche, Bekämpfung und Bestrafung der Verantwortlichen zunächst als rein nationale Angelegenheit an. Als regionale Ordnungsmacht ging es der US-Regierung dabei auch um die Stabilisierung der Region. Im Fokus der USA stand jedoch nicht Afghanistan, sondern schon länger der Irak. Die regionale Rolle und sein feindliches Verhältnis zu Israel machten den Irak zum Unruhefaktor, der aus Sicht der USA die regionalen Machtverhältnisse gefährdete. So lässt sich auch besser verstehen, warum die Europäer hofften, einem US-Alleingang in Afghanistan und damit einem möglichen Bedeutungsverlust des Bündnisses entgegenzuwirken, als die NATO

Global War on Terror: Bundeskanzler Gerhard Schröder und NATO-Generalsekretär Lord George Robertson am 20. September 2001 bei einer gemeinsamen Erklärung.

am 4. Oktober 2001 zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages ausrief. Da der politische Rahmen des Bündnisses eine Legitimierung ihres Vorgehens bot und zu diesem Zeitpunkt Einigkeit zwischen den USA und den Europäern bestand, die NATO militärisch nicht zu beteiligen, stimmte schließlich auch die US-Regierung dem Bündnisfall zu. Indem die NATO militärisch nicht beteiligt war, vermieden die USA gleichzeitig negative Auswirkungen auf die Effektivität der eigenen Operationsführung und die Europäer Einschränkungen ihrer politischen Mitsprache durch das militärische Übergewicht der USA im Bündnis. Das wog umso schwerer, als sich die Vorstellungen der Bündnispartner davon, wie eine regionale Stabilisierung erreicht werden sollte, teilweise deutlich voneinander unterschieden. In der Folge wollten die USA den Einsatz zur Terrorismusbekämpfung in Afghanistan, die Operation Enduring Freedom (OEF), in eigenen Händen belassen, während sie ihren Partnern eher Sicherungs- und Stabilisierungsaufgaben zudachten.

Im Rahmen des von den USA nach den Anschlägen ausgerufenen War on Terror (Krieg gegen den Terror) begann bereits am 7. Oktober 2001 die OEF. Die USA und ihre Koalitionspartner nahmen hierfür das in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen verbürgte Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung für sich in Anspruch. Das Ziel dieser weltweiten, in Afghanistan, am Horn von Afrika, auf den Philippinen und in Afrika durchgeführten Operation war es, durch die Bekämpfung der Rückzugsräume sowie von Führungs- und Ausbildungseinrichtungen dem internationalen Terrorismus seine Grundlage zu entziehen. Das Hauptaugenmerk galt zunächst Afghanistan. Seit mehreren Jahren agierte unter dem Schutz des Regimes der Taliban aus Afghanistan heraus das al-Qaida-Netzwerk.

Operation Enduring Freedom

Deutschland beteiligte sich mit 3900 Soldaten an OEF, darunter ABC-Abwehr-, Sanitäts-, Lufttransport- und Unterstützungskräfte. Den bei weitem größten Anteil stellte die Marine mit Einheiten der Seestreitkräfte und Seefernaufklärer am Horn von Afrika. Es wurden auch 100 Soldaten des Kommando Spezialkräfte (KSK) mit konkretem Kampfauftrag in den Südosten Afghanistans entsandt. Für Bundeskanzler Schröder stellte die deutsche Beteiligung einen wichtigen Schritt in Richtung einer Normalisierung deutscher Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges dar. Die Beteiligung war jedoch nicht unumstritten. Die Debatte im Deutschen Bundestag zur Entsendung der Bundeswehr in den OEF-Einsatz verlief derart kontrovers, dass Bundeskanzler Schröder sich sogar gezwungen sah, die Schlussabstimmung mit der Vertrauensfrage zu verbinden. Mit einer hauchdünnen Mehrheit von zehn Stimmen bewilligten die deutschen Parlamentarier schließlich die Entsendung deutscher Soldaten am 16. November 2001.

Deutschland hatte erst nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 damit begonnen, sich über humanitäre Hilfseinsätze hinaus an bewaffneten internationalen Missionen zu beteiligen. Der Einsatz von Landstreitkräften mit Kampfauftrag zur Jagd nach Terroristen außerhalb Europas ging nun deutlich weiter. Die rot-grüne Bundesregierung erachtete es als unumgänglich, das KSK zu beteiligen. Die Beschränkung der Kampftruppen auf das KSK und deren geringe Personalstärke hatten allerdings eher symbolischen Charakter und wurden mit der zugesagten Bündnissolidarität begründet. Denn hinsichtlich der Wirksamkeit solcher Interventionen unterschied sich die deutsche Perspektive grundsätzlich von jener der US-Regierung. Zwar schloss das auch Kampfszenarien im Rahmen einer Stabilisierung nicht grundsätzlich aus, doch sollte diese

durch politische und wirtschaftliche Prozesse erreicht werden. Die Aufgabe des Militärs bestand hingegen in der Gewährleistung eines sicheren Umfelds für diese Prozesse. Im Gegensatz zu diesem ganzheitlichen Ansatz setzte das Pentagon stärker auf eine militärische Befriedung, die wiederum die Voraussetzung für die sich anschließende politische und wirtschaftliche Entwicklung sein sollte.

Dagegen entsprach es eher dem deutschen sicherheitspolitischen Verständnis, Menschenrechte durch den Aufbau staatlicher Stabilität zu sichern. Das war auch innenpolitisch besser zu vermitteln. So entsandte die Bundesregierung ihre Landstreitkräfte vor allem in den ISAF-Einsatz. Eine vom 27. November bis zum 5. Dezember 2001 von den Vereinten Nationen geleitete internationale Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn endete mit einer »Vereinbarung über provisorische Regelungen in Afghanistan bis zum Wiederaufbau dauerhafter Regierungsinstitutionen« (Bonner Vereinbarung). Nach dem Sturz der Taliban sollte eine vorläufige Regierung am 22. Dezember 2001 die Regierungsgewalt in Afghanistan übernehmen. Im Anhang I der Vereinbarung ersuchten die vier in Bonn vertretenen afghanischen Gruppierungen den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die baldige Entsendung einer internationalen Sicherheitstruppe zu autorisieren. Ab dem 4. Januar 2002 entsandte die UN auf dieser Grundlage die ISAF zunächst unter britischer Führung. Ihr Auftrag bestand vornehmlich darin, die Interimsregierung bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in Kabul und Umgebung zu unterstützen. Im Großraum Kabul, der Hauptstadt und dem Verwaltungszentrum von Afghanistan, sollte angesichts der dort befindlichen rivalisierenden Gruppierungen ein Ausbrechen von Feindseligkeiten bis zur geordneten Übergabe der Macht an die vom afghanischen Volk gewählten Vertreter und bis zur Entstehung eines funktionierenden Staatsapparates verhindert werden. Parallel zur ISAF erfolgte der Kampfeinsatz der OEF vornehmlich im Süden des Landes.

Der Bundesregierung war es wichtig, dass sich die deutsche Rolle im internationalen Afghanistan-Engagement auch in einem adäquaten militärischen Beitrag widerspiegelte. Zusätzlich zu den deutschen OEF-Soldaten beteiligte sich Deutschland mit 1200 Infanterie-, Hubschrauber-, Unterstützungs-, Lufttransportkräften sowie Kräften für internationale Hauptquartiere am ISAF-Einsatz. Das stellte einen nicht zu unterschätzenden Kraftakt dar, denn Deutschland war bereits Verpflichtungen eingegangen, die mehr als 10 000 Soldaten in den Einsätzen auf dem Balkan banden.

Dass der Afghanistan-Einsatz zwanzig Jahre dauern würde, war zu diesem Zeitpunkt freilich für niemanden absehbar. Laut Bonner Vereinbarung sollten sich eine außerordentliche Loya Dschirga (große Versammlung) spätestens sechs Monate nach der Übernahme der Interimsverwaltung und nach spätestens weiteren 18 Monaten eine verfassungsgebende Loya Dschirga konstituieren. Demokratische Wahlen einer im vollen Umfang repräsentativen Regierung waren zwei Jahre nach der außerordentlichen Loya Dschirga angesetzt.

NATO-Führung und Ausweitung auf ganz Afghanistan 2002–2006

In den folgenden Jahren begann sich der ISAF-Einsatz hinsichtlich Mandat, Führung und Organisation sowie Einsatzgebiet und Aufgaben grundlegend zu wandeln. Bereits die ersten Jahre waren von drei Problemlagen gekennzeichnet:

picture-alliance/dpa/dpaweb/Peter Endig

Kunduz, 23. November 2004: Bundeswehrsoldaten patrouillieren in der Innenstadt ohne Helm, nur leicht geschützt. Wenige Jahre später war das so nicht mehr möglich.

die ISAF-Führungsstruktur, die Eskalation der Sicherheitslage im Süden und Südosten Afghanistans und der Dritte Golfkrieg (2003).

Schon im Laufe des ersten Jahres beruhigte sich die Lage nicht im erhofften Maße. Im Gegenteil, die Sicherheitsvorfälle nahmen vor allem bei der OEF im Süden zu. Die Sicherheit für die Wahlen zu gewährleisten, wurde damit zu einer großen Herausforderung. Schon bald kristallisierte sich heraus, dass der ISAF-Einsatz über das Jahr 2004 hinaus andauern würde. Unterdessen begann im März 2003 der US-geführte Krieg gegen den Irak. Die dafür von der OEF abgezogenen US-Kräfte mussten nun kompensiert werden.

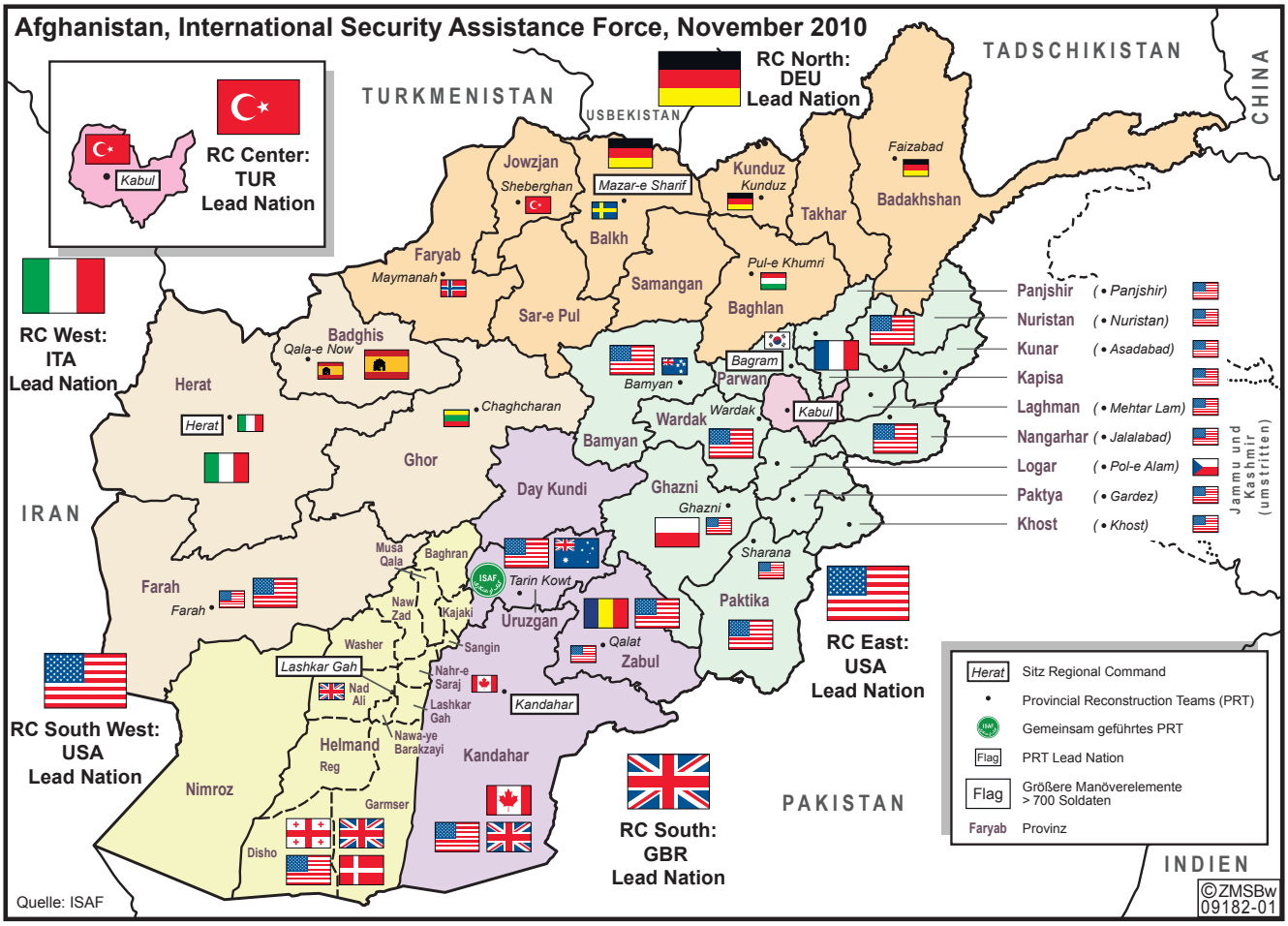
Unter anderem waren es diese Entwicklungen, die den Ausschlag dafür gaben, dass sich Deutschland, die Niederlande und Kanada mit der Bitte an die NATO wandten, die kostenintensive und organisatorisch anspruchsvolle Aufgabe der ISAF-Führung zu übernehmen. Denn nach Großbritannien, der Türkei und dem deutsch-niederländischen Tandem fanden sich keine anderen ISAF-Staaten mehr, die bereit waren, die Aufgabe der Lead Nation zu übernehmen. Unterdessen hatte ein wichtiger politischer Prozess begonnen. Dabei ging es um eine Neukonzeption des ISAF-Einsatzes. Mit der Resolution 1510 entsprach der UN-Sicherheitsrat am 13. Oktober 2003 der Bitte der afghanischen Regierung und beschloss, das ISAF-Engagement auf ganz Afghanistan auszuweiten. Abgesehen von den USA verfügten allein die anderen NATO-Mitglieder zusammen sowohl über die notwendigen Fähigkeiten als auch über etablierte Strukturen und Prozesse, um einen militärischen Einsatz dieses Maßstabs zu steuern. Deshalb erhöhte sich auch das Gewicht der USA deutlich, die dann die treibende Kraft hinter den Strategiewechseln der folgenden Jahre wurden.

IMACO/Christian Thiel

Bei der Truppe: Verteidigungsminister Peter Struck besucht Kabul anlässlich der Übergabe des ISAF-Kommandos an die Nato am 11. August 2003. Von ihm stammt der prägende Satz: »Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird heute auch am Hindukusch verteidigt.«

Nach dem Beginn der ISAF-Mission etablierten sich zwar administrative Strukturen der Interimsregierung unter Hamid Karzai, doch gelang es ihr nicht, ihre Macht auch in die ländlichen Gebiete auszudehnen. Damit blieb Kabul eine Insel. In der Folge begannen die US-Amerikaner bereits 2003 mit dem Aufbau von Provincial Reconstruction Teams (PRTs, Regionale Wiederaufbauteams) in einzelnen Teilen des Landes, um eine sichere Umgebung für die Arbeit der Internationalen Organisationen sowie der Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zu gewährleisten. Nachdem die rot-grüne Bundesregierung gemeinsam mit Frankreich den USA ihre militärische Beteiligung am Krieg gegen den Irak medienwirksam versagt hatte, war das Verhältnis zum wichtigsten deutschen Bündnispartner empfindlich gestört. Die Bundesregierung bemühte sich daraufhin, die USA in Afghanistan zu entlasten.

Zu Jahresbeginn 2004 übernahm die Bundeswehr das wenige Monate zuvor von den USA errichtete PRT in der Stadt Kunduz. Noch im selben Jahr folgten das PRT Feyzabad in der Provinz Badakhshan und eine kleine Außenstelle in Taloqan. War Kunduz bei seiner Übernahme noch das erste nicht-US-amerikanische PRT gewesen, wurden nun PRTs sukzessive von ISAF-Staaten übernommen oder neu errichtet. Bei der Anlage der deutschen PRTs setzte die Bundesregierung – anders als die USA, die das militärische Wirken stärker betonten – bewusst auf einen zivil-militärischen Ansatz, in dem die unterschiedlichen Fähigkeiten ressortübergreifend gebündelt werden sollten: Die Bundeswehr war für ein sicheres Umfeld verantwortlich; das Auswärtige Amt für politische Unterstützung und humanitäre Hilfe; das Entwicklungsministerium für Wiederaufbau und Entwicklung; das Innenministerium für Polizeiaufbau – eine Verantwortlichkeit, die die Bundesregierung zu Beginn des ISAF-Einsatzes in Lead-Nation-Funktion übernommen hatte. Dieser Ansatz spiegelte sich anfangs auch in den Verfahren der deutschen Kontingente wider. Patrouillen fanden zunächst ohne nennenswerte Schutzausrüstung statt. Das PRT Kunduz lag inmitten der Stadt. Die Soldaten konnten sich dort anfangs



wie auch in Kabul sehr frei bewegen und nur mit Schutzweste und Pistole bewaffnet den Markt besuchen.

Infolge der auf dem NATO-Gipfel von Istanbul im Juni 2004 beschlossenen landesweiten schrittweisen Ausweitung des ISAF-Einsatzes begannen sich dessen Struktur und Aufgaben insgesamt und damit auch für die deutschen Soldaten grundlegend zu verändern. Aus einem räumlich und an Kräften begrenzten Einsatz sollte nun eine landesweite Mission mit zunehmend weiterreichenden Aufgaben werden. Das schloss ein, die Verantwortung für die Einsatzgebiete der OEF im Süden in den ISAF-Einsatz zu übernehmen. Die NATO beabsichtigte, eine ISAF-Struktur zu schaffen, die ihr eine einheitliche koordinierte Führung ermöglichen sollte. Das gelang nur, indem sie auch Aufgaben der bis dahin etwa für die Begleitung von Wahlen verantwortlichen UN Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) übernahm. War das militärische Engagement ursprünglich als kleinerer Unterstützungsteil dazu gedacht, die Sicherheit zu gewährleisten, verschoben sich allmählich auch die politischen Aufgaben zur NATO. Ursächlich dafür war vor allem, dass es der UNAMA mit politischen Mitteln nicht annähernd gelungen war, die in der Bonn-Vereinbarung gesteckten Ziele zu erreichen. Das neue ISAF-Konzept sollte zudem das Nebeneinander vom Kampfeinsatz der OEF und politischem Prozess beenden und ein koordiniertes wie auch zielgerichtetes Handeln zum Erreichen der politischen Ziele gewährleisten.

Nach der Übernahme der Rolle des Regional Area Coordinators North (RAC North) im Norden Afghanistans hatte die Bundeswehr im Juli 2005 mit dem Bau eines neuen Feldlagers außerhalb der Stadt Kunduz, unmittelbar am Flugplatz, und ab September 2005 mit dem Bau eines großen Feldlagers in Mazar-e-Sharif begonnen. Ab Juni 2006 übernahm Deutschland das neue PRT Kunduz und im Rahmen der neuen ISAF-Struktur die Führung des Regional Command North (RC North), nur zwei Monate später folgte das Camp Marmal in Mazar-e-Sharif. Dies geschah gleichzeitig mit der stufenweisen Einnahme der neuen ISAF-Struktur. Nach der Übernahme der Verantwortung in der Nordregion durch Deutschland, im RC West durch Italien und in der Kabul-Region als RC Center durch die Türkei als verantwortliche Lead-Nations folgte Ende Juli 2006 das von den Niederlanden geführte RC South im Süden. Die Übernahme des RC East durch die USA schloss diesen Prozess formell ab. Damit war die ISAF nun für die Sicherheitsunterstützung der afghanischen Regierung im ganzen Land verantwortlich.

Eine von vielen Konferenzen:
Am 31. Januar 2006 lassen sich die Teilnehmer der Londoner Afghanistan-Konferenz zusammen fotografieren. Im Vordergrund sind der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der britische Premierminister Tony Blair, der afghanische Präsident Hamid Karzai, der UN-Generalsekretär Kofi Annan und die US-Außenministerin Condoleeza Rice zu sehen.

Bereits mit dem Zusammentritt des afghanischen Parlaments zu seiner konstituierenden Sitzung am 19. Dezember 2005 hatte der Bonn-Prozess formell als abgeschlossen gegolten. Trotz dieses Teilerfolges der internationalen Bemühungen gelang es der afghanischen Regierung weiterhin nicht, das Land politisch zu führen und zu kontrollieren. In Fortsetzung des internationalen politischen Prozesses wurde auf der Londoner Afghanistan-Konferenz am 31. Januar 2006 die Afghanistan Compact Vereinbarung verabschiedet. Darin wurden Entwicklungsgrundsätze für die Wiederaufbaubemühungen in Afghanistan benannt und vor allem die Eigenverantwortung Afghanistans für seine Entwicklung (Afghan Ownership) festgeschrieben. Damit verbunden war die Zusage der Geberländer und -institutionen, diesen Prozess mit 10,5 Mrd. US-Dollar finanziell zu unterstützen. Dabei sollten sich die afghanischen und internationalen Aufbaubemühungen bis 2010 auf die Bereiche Sicherheitsunterstützung, Regierungsführung, Rechtsstaat und Menschenrechte, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie auf die Drogenbekämpfung konzentrieren.

Die Übernahme der Verantwortung des RC South bedeutete für die Niederländer und die dort eingesetzten Briten und Kanadier allerdings, dass sie damit de facto auch die Kampfmission der OEF in diesen Gebieten übernahmen. Die deutschen Vorstellungen vom Einsatz der Bundeswehr drohten nun zunehmend, in einen konzeptionellen Widerspruch zum militärisch ausgerichteten Vorgehen der ISAF-Staaten im Süden zu geraten. Mit Verweis darauf, die bereits erreichte Stabilisierung der neun Provinzen des RC North nicht gefährden zu wollen und dass der deutsche PRT-Ansatz mit dem Anti-Terror-Kampf nicht vereinbar sei, vermied es die Bundesregierung trotz massiven Drucks ihrer Partner, eigene Truppen in den Süden zu entsenden. Die Beteiligung deutscher Soldaten an intensiven Bodenkämpfen und damit verbundene mögliche Verluste sollten unbedingt vermieden werden. Auch befürchtete die Bundesregierung, dass sie Probleme bei der Rechtfertigung des Einsatzes gegenüber dem Parlament bekommen würde. Doch sollte sich schon bald zeigen, dass sich die Anwendung militärischer Gewalt beim Einsatz von Streitkräften eben nicht berechnen und damit auch nicht von vornherein ausschließen ließ.

Eskalation 2006–2008

Bereits nach einem Selbstmordanschlag in Kabul auf einen Bus mit Bundeswehrsoldaten hatte sich seit Juni 2003 nicht nur für die Soldaten des deutschen Kontingents der Kabul Multinational Brigade (KMNB) verstärkt die Frage gestellt, ob und wie die Balance zwischen Eigenschutz und Nähe zur Bevölkerung noch zu halten war. Ab 2005 verschlechterte sich die Sicherheitslage stetig. Verantwortlich dafür waren unter anderem Taliban-Zellen, die ihre Aktivitäten von Süd-Afghanistan und Pakistan aus in den Norden verlegten. Auch unter der einheimischen Bevölkerung fanden sich angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen und unter dem Druck unterschiedlicher Akteure immer mehr Unterstüt-

zer. Daneben gelang es religiös-extremistischen Gruppen, sich schrittweise im deutschen Verantwortungsbereich festzusetzen. Anfang 2007 kippte dann die Sicherheitslage sichtlich. Fast wöchentlich wurde das neu errichtete Feldlager mit ungelenkten Raketen der Opponent Militant Forces (OMF), wie die schwer zu definierenden Angreifer wegen ihrer unklaren Gruppenzugehörigkeit im ISAF-Fachjargon bezeichnet wurden, beschossen. Trotzdem hielt die Bundesregierung zunächst an der bisherigen Bewertung der Sicherheitslage im Norden und in Kabul fest.

Spätestens mit einem Selbstmordanschlag auf dem Markt in Kunduz am 19. Mai 2007, bei dem drei deutsche Soldaten der Einsatzwehrverwaltung sowie acht afghanische Zivilisten getötet wurden, begannen sich die Wahrnehmung und Bewertung des ISAF-Einsatzes grundlegend zu verändern: Die deutschen Soldaten vor Ort rückten fortan nur noch mit mehreren geschützten Fahrzeugen aus und in der politisch-öffentlichen Debatte wurde die Wirksamkeit des Einsatzes in Deutschland zunehmend kritisch hinterfragt.

Die daraufhin intensivierten Patrouillen, die Durchführung von kleineren Operationen meist in Kompaniestärke, die Suche nach Waffenlagern gemeinsam mit afghanischen Sicherheitskräften oder Personenzugriffe verbesserten die Sicherheitslage nicht nachhaltig. Die vorhandenen ISAF-Kräfte ermöglichten es dem Kommandeur des PRT Kunduz, nur auf einem niedrigen Niveau und im nahen Umfeld des PRT zu wirken. Aber selbst großangelegte Operationen wie die vom RC North koordinierte »Harekat-e Yolo II« mit 1000 Afghan National Security Forces (ANSF) und 500 ISAF-Soldaten verfehlten ihr gestecktes Ziel. Sie konnten die Bewegungsfreiheit der ISAF und in der Folge auch die der zivilen internationalen Kräfte nicht nachhaltig gewährleisten. Das Vertrauen der Bevölkerung und der Hilfsorganisationen konnte auf diese Weise nicht zurückgewonnen werden. Die OMF reagierten auf die Versuche der ISAF, die Sicherheitslage zu verbessern, indem sie immer raffiniertere Sprengfallen – IEDs (Improvised Explosive Device) einsetzten. Dies führte zu einem tödlichen Katz-und-Maus-Spiel zwischen OMF und ISAF. Zudem waren die afghanischen Sicherheitskräfte auch nach sieben Jahren des internationalen Engagements noch weit davon entfernt, die Verantwortung für die Sicherheit übernehmen zu können. Expertenschätzungen zufolge lag die tatsächlich einsatzbereite Anzahl der im Jahr 2009 offiziell gemeldeten 170 000 ANSF kaum über der ISAF-Stärke von 64 500. Damit konnte kein sicheres Umfeld für Entwicklungs- und Aufbauarbeit geschaffen werden und es fehlte die wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Stabilisierung Afghanistans. Allerdings befanden sich auch nur wenige Mitarbeiter der nicht-militärischen Ressorts tatsächlich vor Ort in den PRTs. Auch das war ein Grund, warum es kaum gelang, wirkungsvolle Prozesse in Gang zu bringen.

Transition 2009–2014

Drei Jahre nach der Londoner Afghanistan-Konferenz von 2006 blieben die Fortschritte des politischen Prozesses zur Übergabe der Verantwortung an die afghanische Regierung noch deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Bundeswehr/Andrea Bienert

Einsatz vor den Bergen des Hindukuschs: Eine gepanzerte Patrouille auf dem Weg zum Fluss Kokcha im Frühjahr 2009. »Dingo«, »Fuchs« und »Eagle« (v.l.n.r.) waren die hauptsächlich genutzten Fahrzeugtypen der Bundeswehr in Afghanistan.

picture-alliance/dpa/epa Jawed Kargar

Schutt und viele offene Fragen: Afghanische Sicherheitskräfte inspizieren am 4. September 2009 die zerstörten Tanklastzüge im Kunduz-Fluss. Zwei US-amerikanische 500-Pfund-Bomben zerstörten die festgefahrenen Tanker und töteten dabei eine schwer zu bestimmende Anzahl Afghanen.

Bereits kurz nach der Amtsübernahme von US-Präsident Barack Obama begann, vorangetrieben von den USA, ein Verständigungsprozess zwischen den ISAF-Staaten über einen zu definierenden Endpunkt des militärischen Afghanistan-Engagements. Um den Eindruck eines überstürzten Abzugs und damit entsprechende innenpolitische Debatten über die Wirksamkeit des bisherigen Engagements vorzubeugen, wurde der »Exit«-Begriff vermieden. Stattdessen etablierte sich der Begriff der »Transition« (Übergang).

Formell wurde der Transitionsprozess auf der Londoner Afghanistan-Konferenz Ende Januar 2010 beschlossen. Der Unterschied zum Jahr 2006 und zu früheren Konferenzen bestand in der Formulierung eines Zeitplans und konkreter Ziele auf dem Weg dorthin. Mit der Perspektive eines gemeinsamen friedlichen Zusammenlebens aller afghanischen Akteure wurden auch die Aufständischen in konkrete Überlegungen, etwa durch Aussteigerprogramme, miteinbezogen. Durch massiv intensivierte Ausbildungsanstrengungen und die Finanzierung der ANSF-Besoldung sollte außerdem die Zahl der einheimischen Sicherheitskräfte von offiziell 180 000 im Oktober 2011 auf 300 000 aufgestockt werden. Auch die finanzielle Unterstützung für den staatlichen Wiederaufbau wurde noch einmal deutlich erhöht.

COIN-Doktrin

Die zentrale Voraussetzung zur Umsetzung dieser Ziele war unverändert die Gewährleistung eines Maßes an Sicherheit, das den Transitionsprozess überhaupt erst ermöglichen sollte. Auf Initiative der USA erfolgte daraufhin eine weitere Anpassung der ISAF-Strategie. Basierend auf den Erfahrungen der zurückliegenden Jahre, in denen auch nach dem Wechsel zum PRT-Konzept der ISAF der politische Prozess und das militärische Vorgehen unverändert eher parallel als komplementär verliefen, bestimmte die NATO das US-Counterinsurgency-Konzept (COIN, siehe S. 19) im Herbst 2009 zur Doktrin des operativ-taktischen Vorgehens für die ISAF im Rahmen einer strategischen Neuausrichtung. Das Shape-Clear-Hold-Build-Schema von COIN gab im Sinne des seit 2006 verfolgten Comprehensive Approach (vernetzte Sicherheit) dem Schutz der Zivilbevölkerung oberste Priorität und konzentrierte sich im Zusammenwirken mit afghanischen Sicherheitskräften auf Schwerpunktregionen. Dieser Ansatz sollte ein effektives Krisenmanagement durch ein aufeinander abgestimmtes Zusammenwirken politischer, ziviler und militärischer Instrumente ermöglichen. Begleitet wurde diese strategische Neuausrichtung von einer massiven Truppenverstärkung. Allein die USA entsandten binnen weniger Monate 30 000 zusätzliche Soldaten, die anderen ISAF-Partner 9000 weitere. Die ISAF-Stärke verdoppelte sich von 64 500 im Juli 2009 auf 132 400 Soldaten im Juni 2011.

Die Bundeswehr zählte zu den größten Truppenstellern unter den ISAF-Staaten. Sie verstärkte ihr Kontingent von 4500 auf 5350 Soldaten. Das COIN-Konzept zog absehbar ein intensiveres militärisches Engagement nach sich und war in der innenpolitischen wie öffentlichen Debatte äußerst umstritten. Der Tod des Hauptgefreiten Sergej Motz und drei weiterer Bundeswehrsoldaten bei Feuergefechten in der Nähe von Kunduz im Frühjahr 2009 erregte mediale Aufmerksamkeit und sorgte für Diskussionen. Die Kritik am Einsatz nahm jedoch deutlich zu, nachdem am 4. September 2009 zwei US-amerikanische F-15-Kampfflug-

zeuge der ISAF auf Anforderung des deutschen PRT-Kommandeurs Oberst Georg Klein gegen 2 Uhr früh zwei 500-Pfund-Bomben auf zwei geraubte und im Kunduz-Fluss festgefahrene Tanklaster abgeworfen hatten, bei dem zahlreiche Menschen getötet wurden. Basierend auf einem Bericht der afghanischen Regierung wurde in der zeitgenössischen Debatte von etwa 100 Toten, darunter auch viele Zivilisten, ausgegangen. Die damit befassten Richter des Bundesgerichtshofs haben die Opferzahlen inzwischen als falsch bewertet und die Zahlen deutlich nach unten korrigiert.

Aufgrund dieser Ereignisse sank die Zustimmung zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr in der deutschen Öffentlichkeit auf unter 50 Prozent. Das lag in erster Linie nicht etwa an Fehlern bei der Aufklärung des Vorfalls in Kunduz, vielmehr war einer immer breiteren Öffentlichkeit angesichts dieser Entwicklungen klar geworden, dass die Sicherheitslage auch nach acht Jahren ISAF schlechter als zu Beginn der Mission war. Hinterfragt wurden die Wirksamkeit und damit der Sinn des internationalen und deutschen Engagements. In Anerkennung des Widerspruchs zwischen der konsequenten Vermeidung militärischer Gewalt und der Auftragserfüllung in einem Stabilisierungseinsatz sprach zunächst Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CDU) im November 2009 im Zuge der Aufarbeitung der Luftschläge von kriegsähnlichen Zuständen. Bis dahin war der Gebrauch des Kriegsbegriffs von der Bundesregierung sorgsam vermieden worden.

»Wir haben hier nicht nur kriegsähnliche Zustände, sondern Sie sind hier in Kämpfe verwickelt, wie man sie im Krieg hat.«

Eine ähnliche Wirkung entfaltete die Berichterstattung über eine von den deutschen Medien im Nachhinein als Karfreitagsgefecht benannte Operation am 2. April 2010, wenige Kilometer vom PRT Kunduz entfernt. Nun konfrontierte die Art und Weise der medialen Aufarbeitung die deutsche Öffentlichkeit und Politik besonders intensiv mit der Tatsache, dass deutsche Soldaten »in Kämpfe verwickelt [waren], wie man sie im Krieg hat«, wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Ende 2010 ausdrückte. Es war immer deutlicher geworden, dass die Gewährleistung von Sicherheit unter den Bedingungen zunehmender Gewalt nicht ohne stärke-

Bundeswehr/Daniel Richter

Üben, Üben, Üben: Immer wieder trainieren die Soldaten im Einsatzland den Ernstfall. Hier wird ein »verwundeter« Kamerad am 27. Juni 2014 zum rettenden Sanitätsfahrzeug getragen.

ren Eigenschutz und Offensivoperationen einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt zu gewährleisten war.

Tatsächlich kreiste diese nun stattfindende Debatte um Fragen der eigenen, der deutschen sicherheitspolitischen Identität; interessanterweise wirkte sie sich nicht auf den operativen Einsatz der Bundeswehr aus. Während bei der Umsetzung der neuen ISAF-Strategie durch Mentoring und Partnering neue Schwerpunkte für die Ausbildung der afghanischen Armee- und Polizeiangehörigen gesetzt wurden, intensivierte man auch im deutschen Verantwortungsbereich im Rahmen von COIN offensive Operationen, gemeinsam mit den afghanischen Sicherheitskräften. Auf diese Weise gelang es der ISAF, entscheidende Versorgungsrouten unter ihre Kontrolle zu bringen und damit die Taliban ab 2010 massiv in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken. Das Konzept schlug sich früher als erwartet in der gestiegenen Anzahl der ausgebildeten ANSF nieder. Damit wurde eine für mehrere Jahre andauernde Stabilisierung der Sicherheitslage wenigstens im unmittelbaren Umfeld des PRT Kunduz erreicht. Durch die Stabilisierung konnten mehrere Entwicklungsprojekte realisiert werden, wie etwa der Anschluss etlicher Dörfer an das Stromnetz. Auch die durch den Distrikt Chahar Darreh führende Straße wurde geteert. In der täglichen Einsatzrealität kamen jedoch selbst die US-Kräfte nur wenig über die zweite Stufe des Shape-Clear-Hold-Build-Schemas von COIN (siehe S. 19) hinaus.

Das offensivere Vorgehen spiegelte sich auch darin wider, dass die Jahre 2010 und 2011 mit acht bzw. sieben von insgesamt 35 Gefallenen die beiden verlustreichsten des gesamten ISAF-Einsatzes für die Bundeswehr wurden. Das Vorgehen war zugleich eine ganz wesentliche Voraussetzung für die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Streitkräfte, die wie geplant im Zeitraum von 2011 bis 2013 in fünf Tranchen stattfinden konnte. Ab 2012 fand die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte vorwiegend in den PRTs statt. Im selben Jahr zog die Bundeswehr ihre Soldaten aus dem PRT Feyzabad ab. Im Oktober 2013 wurden das PRT Kunduz und die Sicherheitsverantwortung für die Stadt Mazar-e-Sharif an die ANSF übergeben. Am 31. Dezember 2014 endeten nach dreizehn Jahren sowohl der ISAF-Einsatz als auch die OEF, an der sich Deutschland bereits seit 2010 nicht mehr militärisch beteiligte. Die Einsatzliegenschaft Camp Marmal, in der sich das frühere PRT Mazar-e-Sharif befunden hatte, wurde als zentrale Ausbildungsstätte der Nachfolgeoperation Resolute Support (RS) und als Hauptquartier des Train Advise Assist Command-North beibehalten.

Resolute Support und Einsatzende 2015–2021

Im Rahmen der Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmission Resolute Support wurden seit 2015 zunächst 980 und später bis zu 1300 Bundeswehrsoldaten vor allem am Standort Mazar-e-Sharif, aber auch in Kabul, Bagram und Kunduz eingesetzt. Das vorrangige Ziel der ISAF-Folgemission war es, die ANSF dazu zu befähigen, die Sicherheitsverantwortung in ihrem Land selbstständig wahrzunehmen. Die deutschen Soldaten berieten und unterstützten vor allem auf ministerieller und institutioneller Ebene. Dabei wurden insbesondere im Ausbildungszentrum

Bundeswehr/Andrea Bienert

Sandkastentraining: Ein deutscher Infantry Adviser schult afghanische militärische Führer am 11. Juli 2019 im Camp Shaheen am Modell. Ausbildung war ein wichtiger Teil der ISAF-Folgemission Resolute Support.

IMAGO/Stefan Zeitz

Öffentliche Würdigung: Mit einem Großen Zapfenstreich, dem höchsten Zeremoniell der Bundeswehr, brachte der Deutsche Bundestag nach dem Ende des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr seine Anerkennung zum Ausdruck. Deshalb fand dieser am 13. Oktober 2021 vor dem Reichstagsgebäude statt.

in Mazar-e-Sharif afghanische Sicherheitskräfte trainiert. Nur im Notfall wurden die Soldaten des multinationalen Force Protection Bataillons zur Sicherung der NATO-Kräfte und des zum Wiederaufbau eingesetzten zivilen Personals herangezogen. Am 29. Juni 2021 verließen schließlich die letzten Bundeswehrsoldaten der Resolute Support nach fast 20 Jahren Einsatz gemeinsam mit ihren Bündnispartnern das Land.

Zu diesem Zeitpunkt kontrollierten die Taliban bereits mehr als die Hälfte der 34 afghanischen Provinzen. Dennoch war die internationale Gemeinschaft zuversichtlich, dass trotz der fragilen Lage eine Stabilisierung längerfristig durch ein Arrangement mit den Taliban oder deren Einbindung in die Regierung möglich sein würde. Diese Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht. Innerhalb weniger Wochen brachten die Taliban, ohne dass sich ihnen die afghanischen Sicherheitskräfte entgegenstellten, nach einem rasanten Vormarsch fast das ganze Land unter ihre Kontrolle. Am 15. August eroberten sie schließlich auch die afghanische Hauptstadt. Die Bilder verzweifelter Menschen am Flughafen von Kabul, die aus Furcht vor den Taliban das Land verlassen wollten, gingen in den folgenden Wochen um die Welt und stehen inzwischen symbolhaft für die humanitäre Katastrophe in Afghanistan.

Das strategische Ziel einer nachhaltigen staatlichen Stabilisierung wurde verfehlt. Dennoch ist das Land ein anderes als vor 20 Jahren. Die Infrastruktur und das Gesundheitswesen wurden verbessert; zumindest in den Städten findet sich eine lebhafte Zivilgesellschaft. Was davon bleibt, ist ungewiss. Neben der Frage, wie es nun mit Afghanistan weitergeht, stellt sich auch aus deutscher Perspektive die Frage nach einer Aufarbeitung. Für die Bundeswehr wird es um die Lehren aus diesem Einsatz gehen. Mit einer Auftaktveranstaltung am 6. Oktober 2021 hat Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) einen Bilanzierungsprozess angestoßen. Dabei steht vor allem die soldatische Perspektive im Blickpunkt: Was wurde gelernt, was war gut oder nicht, welche Auswirkungen hat der Einsatz auf das Leben der Veteranen? Vor allem wird aber auch eine politische Aufarbeitung des Einsatzes erfolgen müssen. Denn offenbar gelang es oftmals nicht, den politischen Prozess und das militärische Handeln ausreichend aufeinander abzustimmen. Damit stellt sich die Frage, was die Afghanistan-Erfahrungen für die Beteiligung Deutschlands an künftigen internationalen Einsätzen bedeuten. Oder in anderen Worten: Wo und wie wird die Sicherheit Deutschlands künftig verteidigt?

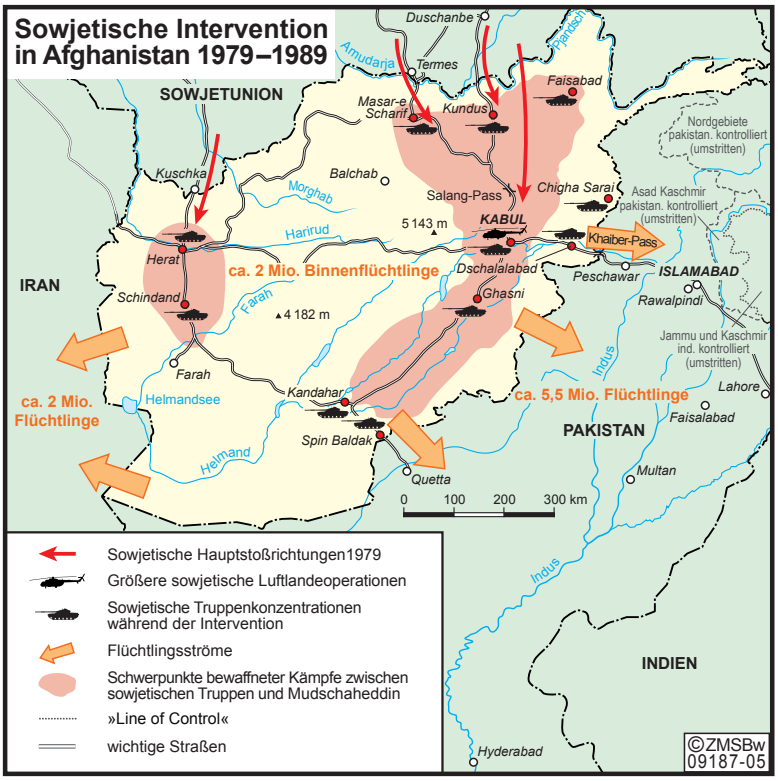
***Oberstleutnant Dr. Hans-Peter Kriemann** ist Leiter des Projektbereichs Einsatzgeschichte am ZMSBw.*

Afghanistan: Zahlen und Fakten

Das Land

Bevölkerung:	ca. 39 Mio. Einwohner
Hauptstadt:	Kabul
Fläche:	ca. 652 860 km²
Landessprachen:	Paschtu, Dari
Religionen:	Muslime (99,7 %, davon 85–90 % Sunniten, 10–15 % Schiiten), Andere (0,3 %)
Größte Ethnien:	Paschtunen, Tadschiken, Hazara
Index der menschlichen Entwicklung:	Rang 169 von 189 Staaten (2019)
Korruptionswahrnehmungsindex:	Rang 165 von 180 Staaten (2020)

Kabul, Juli 2012.



Im Dezember 1979 marschierte die **Sowjetarmee** in Afghanistan ein. Als kurze Intervention in den afghanischen **Bürgerkrieg** geplant, entwickelte sich daraus eine fast zehnjährige Besatzung. Bis Februar 1989 waren im Maximum etwa 120 000 Sowjetsoldaten dort stationiert. Ungefähr 15 000 von ihnen starben in diesen Zeitraum. Dem standen etwa 1,3 Million tote Afghanen gegenüber.

Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr

Einsatzdauer ISAF/RS	7119 Tage (2.1.2002–29.6.2021)
Kosten	über 12 Mrd. Euro
Einsatzsoldaten	ca. 93 000, bei Hinzuzählung mehrmaliger Einsätze über 160 000
Mandatsobergrenze (2010)	5300
Kontingente:	76
Verluste	59 Soldaten kamen ums Leben, davon 35 durch Fremdeinwirkung, über 260 körperlich Verwundete, unbekannte Anzahl seelisch Verletzter.
Angriffe auf Bundeswehr	über 380
Schusswechsel/Gefechte	ca. 150

COIN
(Counterinsurgency) bezeichnet die **Bekämpfung von Aufständischen** mittels ziviler und militärischer Mittel. Das **US-Konzept** kam als Teil von Stabilisierungsoperationen ab 2003 im Süden von Afghanistan zum Einsatz. Ab 2006 erfolgte die Ausweitung auf den gesamten ISAF-Raum. Ziel war die **Schaffung eines sicheren Umfelds** sowie die **Gewinnung der lokalen Bevölkerung** für die politischen Ziele des internationalen Engagements in Afghanistan.

Shape-Clear-Hold-Build

Die operativ-taktische Umsetzung von COIN sollte durch die Shape-Clear-Hold-Build-Systematik erfolgen. Oberste Priorität hatte der Schutz der Bevölkerung.

- SHAPE – Vorbereitung des Einsatzes
- CLEAR – Befreiung eines Raumes von Aufständischen
- HOLD – Aufbau, Ausbildung und Einsatz einheimischer Sicherheitskräfte
- BUILD – staatlicher und wirtschaftlicher Aufbau

Bundeswehr/Torsten Kraatz

Ende von Resolute Support: Die letzten Soldaten steigen in das Transportflugzeug C17 in Mazar-e Sharif, 29. Juni 2021.

Eine Art Verteidigungsfall

Die Hamburger Sturmflut 1962

Von Cornelia Juliane Grosse

Menschen, die mit Koffern in den Händen vor Wassermassen fliehen. Soldaten, die Hilfe leisten und Bürger aus überfluteten Bereichen retten. Bilder, die jedem sehr vertraut sein dürften. Denn erst im Sommer 2021 waren über 2000 Bundeswehrangehörige im Rahmen der Hochwasserkatastrophe in West- und Südwestdeutschland im Einsatz.

Vor sechzig Jahren erlangten sehr ähnliche Bilder Berühmtheit. Sie entstanden in Hamburg. Dort wütete in der Nacht vom 16. auf den 17. Februar 1962 die schlimmste Sturmflut der Stadtgeschichte. Bereits am Vormittag des 16. Februar näherte sich der Orkan »Vincinette« der deutschen Nordseeküste. Der Sturm traf zunächst in Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein auf Land und drückte immer größere Wassermassen in die Elbe. Obwohl im Lauf des Tages mehrfach vor einer schweren Sturmflut an der gesamten Nordseeküste gewarnt wurde, überraschte sie die meisten Hamburger im Schlaf.

Um Mitternacht brachen die ersten Deiche, zahlreiche Stadtteile Hamburgs waren in kürzester Zeit überflutet und von der Umwelt abgeschnitten. Der Strom fiel aus. Insgesamt wurde ein Fünftel der Stadtfläche überschwemmt. Der Stadtteil Wilhelmsburg war am schwersten betroffen. Gegen 3 Uhr nachts wurde der Pegelhöchststand von 5,70 über Normal-Null erreicht. Zehntausende Menschen waren nun von den Wassermassen eingeschlossen und mussten sich in völliger Dunkelheit und bei eisigen Temperaturen auf Bäumen oder Hausdächern in Sicherheit bringen.

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits Helfer von Polizei, Feuerwehr, THW und erste Soldaten im Einsatz. Doch angesichts des Ausmaßes der Katastrophe war offensichtlich, dass Unterstützung in größerem Umfang notwendig war. Eine entscheidende Rolle fiel dem damaligen Polizeisenator Hamburgs und späteren Bundeskanzler Helmut Schmidt zu, der in dieser Situation die Bundeswehr zu Hilfe rief. Schmidt hatte gute Verbindungen zu höchsten militärischen Kreisen und fragte Bundeswehr- und NATO-Soldaten für einen Hilfseinsatz an. Schmidts Entschluss, die Bundeswehr zu Hilfe zu rufen, erfolgte dabei ohne verfassungsrechtliche Grundlage. Denn der Einsatz der Bundeswehr im Innern war zu dieser Zeit nicht durch das Grundgesetz legitimiert. Die Unterstützung wurde dennoch gewährt: Hubschrauber, Schlauchboote, Notnahrung, Decken, Suchtrupps – all dies stellte die Bundeswehr zur Verfügung und kooperierte bei ihrem Einsatz mit weiteren NATO-Truppen und zivilen Helfern. Tagelang befreiten und versorgten sie Eingeschlossene und verrichteten dringende Ausbesserungsarbeiten an den gebrochenen Deichen. Insgesamt kamen rund 40 000 Bundeswehrsoldaten zum Einsatz. Dieser trug in erheblichem Umfang dazu bei, dass die Auswirkungen der Katastrophe zumindest abgemildert werden konnten. Dennoch: 315 Personen kamen bei der Flutkatastrophe ums Leben, darunter auch neun Soldaten.

Die Ereignisse rund um die Hamburger Sturmflut von 1962 prägten im wahrsten Sinne des Wortes ein neues Bild der Bundeswehr. Wie es auch die nebenstehende Fotografie verdeutlicht, wurden die Soldaten nun als Helfer im eigenen Land dargestellt. Diese Wahrnehmung wurde durch das umfangreiche Medienecho in der gesamten Bundesrepublik verbreitet. Fotografien, die Soldaten im unermüdlichen Einsatz für die Hamburger Zivilbevölkerung zeigten, vermittelten ein neues positives Bild. Unterstützt wurden sie durch entsprechende Schlagzeilen: »In diesen Tagen ist die Bundeswehr wirklich zu einer Sache des ganzen Volkes geworden: Ein starker Schutz in der Stunde der Not.« Ein deutlicher Prestigegewinn in Anbetracht der skeptischen Grundhaltung, die gegenüber der Bundeswehr bislang weit verbreitet gewesen war.

Als ein weiteres wichtiges Resultat der Hamburger Sturmflut wurde 1968 schließlich das Grundgesetz unter erheblichen gesellschaftlichen Protesten geändert, um derartigen Krisenlagen besser begegnen zu können. Die sogenannte Notstandsgesetzgebung legte fortan fest, dass die Kompetenz zum Einsatz von Streitkräften beim Bund liegt, die Länder diese jedoch im Rahmen der Amtshilfe um Unterstützung ersuchen können. Seither ist es rechtlich abgesichert, dass die Bundeswehr bei Katastrophen im Innern eingesetzt wird. Nicht zuletzt die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass diese Unterstützung mittlerweile einen zentralen Baustein im Umgang mit Katastrophen darstellt: Sowohl bei der Überschwemmungskatastrophe im Juli 2021 als auch im Rahmen der Corona-Pandemie seit Frühjahr 2020 waren und sind zahlreiche Soldatinnen und Soldaten als Helfer in der Bundesrepublik im Einsatz. ■

Das Kommando Spezialkräfte

Zwischen militärischer Professionalität und öffentlicher Skandalisierung

Riskante militärische Einsätze sind sein Auftrag. Darin hat sich das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr ein Vierteljahrhundert lang bewährt. Doch in den letzten Jahren haben Skandale das professionelle Image nachhaltig beschädigt.

Von Chris Helmecke und Christian Jentzsch

In der Nähe Kabuls, in der Nacht des 24. auf den 25. August 2021: Ein Team des Kommandos Spezialkräfte (KSK) rettet mit einem US-amerikanischen Hubschrauber des Typs MH-6 »Little Bird« mehrere deutsche Staatsbürger vor den Taliban. Es ist nicht sein erster Einsatz im Rahmen der internationalen militärischen Evakuierungsoperation von Hilfskräften und westlichen Staatsbürgern aus Afghanistan im Sommer 2021. Seit Beginn der Operation agierten die deutschen Kommandosoldaten jedoch nur am Boden und im direkten Umfeld des Kabuler Flughafens. In den deutschen Medien werden die Evakuierungseinsätze des KSK mit Interesse verfolgt. Es handelt sich um seine erste Operation, die nicht erst im Nachhinein bekannt wurde.

Dabei stand der Verband aus dem baden-württembergischen Calw im 25. Jahr seines Bestehens bisher vor allem mit negativen Schlagzeilen in der Öffentlichkeit. Ihren Ursprung nahmen diese bereits im Frühjahr 2017, als Medien über rechtsextremistische Vorfälle auf einer Abschiedsfeier im KSK berichteten. Es folgten weitere gravierende Vorkommnisse, die das Kommando in eine schwere Krise führten: Aufgrund von Missständen in der Munitionsbewirtschaftung kam es Ende 2019 zu staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen den damaligen Kommandeur des KSK. Im Mai 2020 fanden Ermittler auf einem Privatgrundstück eines Kommandosoldaten Waffen und Sprengstoff sowie rechtsextremistisches Schriftgut. Nur einen Monat später verfasste ein Kommandooffizier einen Brief an das Verteidigungsministerium, in dem er rechtsextreme Tendenzen im KSK beklagte. Das Kommando kam in der Folge aus den negativen Schlagzeilen nicht mehr heraus.

Reformen

Schon nach den ersten Vorfällen gab es interne und externe Untersuchungen. In den Medien wurde gar eine Auflösung des KSK diskutiert. Doch dazu kam es nicht. Im Mai 2020 setzte die Verteidigungsministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer, die Arbeitsgruppe Kommando Spezialkräfte ein. Übungen und Einsätze der Kommandosoldaten wurden zwischenzeitlich gestoppt. Schließlich wurde entschieden, das KSK grundlegend zu reformieren: neue Strukturen, mehr Personal für den Grundbetrieb, eine Anpassung von Auswahlverfahren und Ausbildung sowie eine stärkere Rotation von Soldaten in Führungspositionen. Während dieses laufenden Reformprozesses konnte das KSK in Kabul nun wieder seine militärische Professionalität im Einsatz beweisen. Denn das ist sein Kernauftrag – Spezialmissionen wie Evakuierungen, Geiselbefreiungen und Zugriffsoperationen, aber auch komplexere Kampfeinsätze. Genau dafür wurde das KSK 1996 geschaffen.

Bereits in den frühen 1990er Jahren gab es erste Forderungen nach Aufstellung eines deutschen Spezialkommandos. Im Rahmen des internationalen Krisenmanagements hatten ab dem Golfkrieg 1990/91 immer wieder Spezialeinheiten anderer NATO-Verbündeter deutsche Staatsbürger in Sicherheit bringen müssen. 1994 zeigten die Ad-hoc-Repatriierung des deutschen UNOSOM-II-Kontingents aus Somalia und vor allem die Evakuierung von Mitarbeitern der Deutschen Welle aus Ruanda durch belgische Fallschirmjäger die deutlichen

picture alliance/dpa/Marijan Murat

Der Kommandotrupp: Das Denkmal in der Graf-Zeppelin-Kaserne in Calw zeigt die vier typischen Mitglieder eines Teams des KSK. Jeweils ein Soldat ist ein Pionier-, Waffen-, Sanitäts- oder Fernmeldespezialist.

Defizite der Bundeswehr, was die hierfür erforderlichen Fähigkeiten betraf. Die Umstrukturierung der NATO in unterschiedliche Streitkräftekategorien erforderte ebenfalls die Aufstellung schneller Eingreifkräfte. Die politischen Entscheidungen hierzu fielen im Frühjahr und Sommer 1995. Im Laufe des folgenden Jahres wurde geeignetes Personal vorwiegend aus den Kommandokompanien der drei Luftlandebrigaden, den 1996 aufgelösten Fernspähkompanien und anderen infanteristischen Verbänden in Calw zusammengezogen. Die offizielle Aufstellung des Kommandos Spezialkräfte erfolgte schließlich dort am 20. September 1996.

Vom Training in den Einsatz

Am Anfang trainierte das Kommando zusammen mit der GSG 9, dem britischen Special Air Service, den israelischen Sajeret Matkal und US Special Forces. Ziel war der Wissenstransfer für die auf den Gebieten der Geiselbefreiung, der Terrorbekämpfung und des Kommandokampfes noch unerfahrene Bundeswehr. Neben den Verfahren wurden auch Ausrüstung und Waffen eingeführt, die es ansonsten nicht in der Bundeswehr gab. Einsatzbereit war das Kommando ab dem Frühjahr 1997; diese Einsatzbereitschaft wies es in der Heeresübung »Schneller Adler 97« nach. Im folgenden Jahr wurde die Anzahl der Kommandokompanien von zwei auf vier verdoppelt und es begann der erste Einsatz – nicht zur Befreiung deutscher Staatsbürger, sondern zur Festnahme von serbischen Kriegsverbrechern in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo. Erstmals bestätigt wurden Einsätze des KSK im Jahr 2000 durch den Inspekteur des Heeres. Grundsätzlich erfolgen diese im Geheimen, doch der Bundestag wird darüber informiert. Dieses Verfahren dient dem Schutz der Operationen und der Kommandosoldaten.

Nach den Anschlägen von 9/11 begann der lange Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Am 16. November 2001 beschloss der Bundestag die Teilnahme an der von den USA geführten Operation Enduring Freedom (OEF) zur Terrorbekämpfung. Das Mandat beinhaltete eine Obergrenze von bis zu 100 deutschen Kommandosoldaten. Schon Ende 2001 waren diese im Einsatz gegen al-Qaida und die Taliban. Im Rahmen eines multinationalen Spezialverbandes, der Task Force K-Bar, waren die Soldaten etwa an den Gefechten um Tora-Bora im Dezember 2001 und der Operation »Anaconda« im März 2002 beteiligt. Dafür wurde neben anderen Einheiten dem KSK 2004 durch den damaligen US-Präsidenten, George W. Bush, die Navy Presidential Unit Citation verliehen. Bis Mitte November 2008 dauerte das Mandat des KSK für die OEF. In der Zwischenzeit waren die Spezialkräfte aber auch bei der ISAF-Mission aktiv. Dort unterstützten sie verschiedene Operationen und nahmen gezielt hochrangige Terroristen und Talibanführer gefangen.

KSK wird gebraucht

Im Frühjahr 2013 fiel der erste KSK-Soldat bei einem Einsatz im Norden Afghanistans. An der Ausbildungsmission Resolute Support waren Kommandosoldaten ebenfalls beteiligt. Parallel zum Afghanistan-Einsatz war das Kommando zudem 2011 in Libyen im Rahmen der Evakuierungsoperation »Pegasus« und seit 2019 in einer Ausbildungsmission in Jordanien eingesetzt.

Auch in der Zukunft wird es angesichts einer ungewissen Entwicklung der globalen Sicherheitspolitik einen Bedarf für deutsche Spezialkräfte geben. Während in der jüngsten Vergangenheit überwiegend Skandale und Affären die öffentliche Wahrnehmung des KSK prägten, steht dem ein Vierteljahrhundert stiller soldatischer Pflichterfüllung der Kommando- und Unterstützungskräfte gegenüber.

Literaturtipp

Reinhard Scholzen, Kommando Spezial-Kräfte, Stuttgart 2009.

KSK im Einsatz

Der Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat in Mazar-e-Sharif 2016

Während eines der größten Terroranschläge in Mazar-e-Sharif 2016 bewähren sich sowohl die Bundespolizei als auch das KSK. Die Mission der Kommandosoldaten ist im Chaos der Ereignisse erfolgreich; am Ende steht die höchste Auszeichnung der Bundeswehr für einen Beteiligten.

Von Herkules Reimann

IMAGO/Xinhua

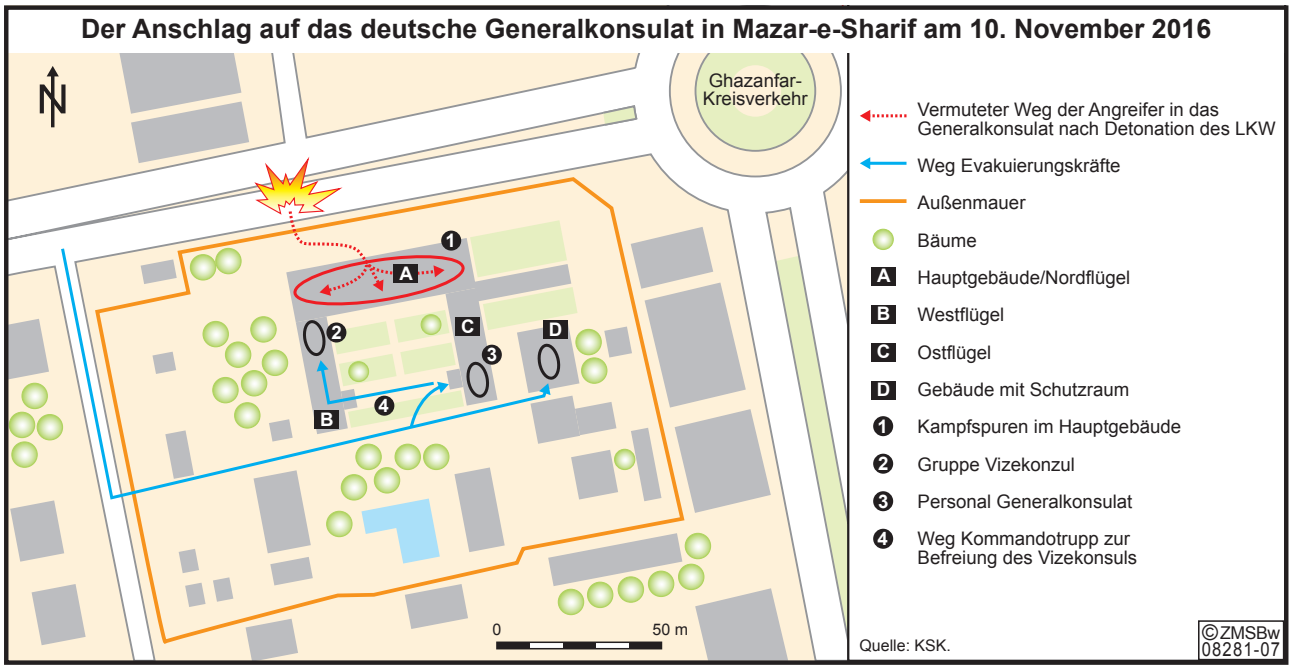
Am 10. November 2016, um 23.05 Uhr Ortszeit, erhellte sich der Himmel über dem nordafghanischen Mazar-e-Sharif. Eine dröhnende Detonation war bis in das mehrere Kilometer Luftlinie entfernt liegende Lager der multinationalen Streitkräfte der Resolute Support Mission (RSM) zu hören. Es war aber nicht nur der Lärm, der die Soldaten ahnen ließ, dass etwas Dramatisches passiert sein musste; vielmehr spürten sie die Wucht der Explosion am eigenen Leib, da die Druckwelle selbst die Wohn- und Arbeitscontainer erfasste und zum Schwanken brachte.

Was war geschehen? Ein Selbstmordattentäter hatte einen mit circa fünf Tonnen Sprengstoff beladenen LKW, ein sogenanntes Vehicle Borne Improvised Explosive Device (VBIED), auf der Hauptstraße direkt vor dem deutschen Generalkonsulat (GK) gezündet. Diese Explosion riss nicht nur einen riesigen Krater in die Straße, sondern zerstörte darüber hinaus auch die Schutzmauer sowie den nördlichen Teil des Konsulatsgebäudes.

Zwar waren in den Monaten vor dem Anschlag die Sicherheitsmaßnahmen für das Generalkonsulat durch die deutsche Bundespolizei verbessert worden: Die Zäune wurden erhöht und zusätzlich gegen den Einsatz von Sprengstoff verstärkt, wobei die Explosive Ordnance Disposal (EOD)-Kräfte des Kommandos Spezialkräfte (KSK) den für die Sicherheit des GK zuständigen Bundespolizisten beratend zur Seite standen. Doch die am 10. November 2016 eingesetzte Masse an Explosionsmitteln sprengte im Wortsinn die Dimension von bisherigen Sprengstoffattentaten.

Die Folgen waren verhängnisvoll. Das gesamte Gebäude war einsturzgefährdet, denn tragende Wände waren in sich zusammengebrochen. Die Kraft des Sprengstoffes erschütterte ferner die Wohn- und Wirtschaftsgebäude auf dem Konsulatsgelände; ebenso wurden durch den Explosionsdruck die im Umkreis stehenden Wohnhäuser teilweise zerstört. Selbst Bäume wurden entlaubt. Darüber hinaus lag eine unglaubliche Menge an sichtbehinderndem Staub in der Luft: »Man fühlte sich an die Bilder von 9/11 erinnert, nur, dass noch die tiefschwarze Nacht hinzukam«, erinnert sich Polizeihauptkommissarin Kerstin Fiedler*, die Sicherheitsberaterin des Generalkonsulats.

Feuer und Zerstörung: Das Gebäude des deutschen Generalkonsulats in Flammen nach dem schweren Sprengstoffanschlag am 10. November 2016.



Die Explosion schuf eine sogenannte Eindringstelle, durch die eine unbekannte Anzahl von Angreifern auf das Konsulatsgelände stürmte. Die Attentäter begannen unmittelbar den Feuerkampf mit den alarmierten Bundespolizisten und konnten innerhalb kurzer Zeit immer mehr Räume des Hauptgebäudes einnehmen.

Die Bundespolizei steht im Feuer

Die Verteidiger wurden von der Waffenkammer, teilweise von den Schutzräumen und – was am schwerwiegendsten war – von der zentralen Schließ- und Kontrollanlage und fast allen Kommunikationsmitteln abgeschnitten. Lediglich das Handy konnte bis zum völligen Zusammenbruch des Mobilfunknetzes genutzt werden. Allerdings verfügten die Polizisten zusätzlich über eigene Handfunkgeräte, die auf kurze Reichweite noch funktionierten.

In den ersten Minuten herrschte eine völlig unübersichtliche Lage; Rauch und Staub erschwerten die Sicht. Die deutschen Bundespolizisten verteidigten sich in dieser Situation aus Leibeskräften und leisteten im Zusammenwirken mit dem vor Ort befindlichen Wachpersonal erheblichen Widerstand gegen einen sehr gut vorbereiteten und mit mehr als nur dem üblichen AK-47-Gewehr ausgestatteten Gegner. Dieser verfügte zudem über Anti-Personengewehrgranaten vom Typ VOG 25P und eine beträchtliche Menge an Handgranaten. Es handelte sich um einen geplanten, wohlkoordinierten Angriff mit taktisch geübten Kämpfern.

Nicht nur der Lärm alarmierte die RSM-Streitkräfte. Auch in der Operationszentrale des Train Advise and Assist Command North (TAAC-N) war man sich rasch bewusst, dass es sich um eine massive Explosion im Raum um das deutsche Generalkonsulat in Mazar-e Sharif handeln musste. Allerdings war eine Beurteilung der Lage aufgrund mangelnder Informationen kaum möglich. Beim deutschen Kommando Spezialkräfte (KSK) ahnte man jedoch auch, dass hier etwas Gravierendes passiert war. Oberstleutnant Andreas Trautmann*, Chef der KSK-Kräfte in Mazar-e-Sharif, nahm sofort Verbindung mit Brigadegeneral André Bodemann, dem Kommandeur TAAC-N, sowie mit der Abteilung Spezialoperationen des Einsatzführungskommandos in Potsdam auf. Relativ schnell kamen die ersten Meldungen in den Stab des TAAC-N. Brigadegeneral Bodemann, der erst an diesem Tag das Kommando in Mazar-e-Sharif übernommen hatte, war sich nun sicher, dass hier ein großangelegter Angriff stattgefunden hatte. Schnelles Handeln war gefordert.

»Sie führen die Operation vor Ort!«

Auch wenn dem Kommandeur TAAC-N die deutschen Spezialkräfte nicht unmittelbar unterstanden, nahm er das Angebot zur Unterstützung durch das KSK ohne Zögern an. Zugleich setzte er die aus georgischen Kräften bestehende Quick Reaction Force (QRF) in Marsch, die nach knapp 45 Minuten am Anschlagsort eintraf. Als Gesamtverantwortlicher für die Operation schenkte er dem KSK sein volles Vertrauen und gab Oberstleutnant Trautmann den Auftrag: »Sie übernehmen nach Eintreffen am Generalkonsulat die Verantwortung als Ground Force Commander über alle Kräfte und führen die Operation vor Ort.«

Schnell erteilte der Kommandeur TAAC-N aufgrund des Zeitdrucks sehr

kurze und knappe Befehle an die militärischen Führer der Schutzkräfte (Force Protection) der im Einsatzland stationierten Truppen. Unabhängig von diesen setzte sich das äußerst kleine Element des KSK verzugslos in Marsch.

Die Explosion riss die Mitarbeiter des Generalkonsulats blitzartig aus ihrem Schlaf: Die Betonwände wackelten, Deckenplatten lösten sich, der Boden bebte. Die im Alarmfall zum Polizeiführer aller Kräfte vor Ort gewordene Hauptkommissarin Fiedler schaltete das Licht ein, was aber im selben Augenblick schon wieder erlosch. Dunkelheit breitete sich aus und ihr wurde klar, dass etwas Katastrophales passiert sein musste. Der nächste Griff galt dem Funkgerät, um den Konsulatsangehörigen sofortige Anweisungen zum weiteren Vorgehen zu geben, was allerdings auch nicht möglich war, denn die Fernmeldeanlage war durch die Explosion unbrauchbar geworden. Einzig über ein Handy konnte die Hauptkommissarin Verbindung mit den deutschen Kräften im Feldlager aufnehmen. Aufgrund der Erschütterung des Hauses ging sie von einem Raketenangriff oder Beschuss durch Rocket Propelled Grenades (RPG) aus.

»Täter im Haus!«

Dass zu diesem Zeitpunkt das halbe Hauptgebäude nicht mehr existierte, ahnte Fiedler nicht. Während sie versuchte, die Einsatzzentrale zu erreichen, und gleichzeitig die Personenschützer sich bemühten, zu ihren Schutzpersonen zu gelangen, kam die Meldung über die eigenen Handfunkgeräte des Personenschutzkommandos: »Täter im Haus!«

Alle Angehörigen des Generalkonsulats versuchten, den Schutzraum zu erreichen. Nach einer dort durchgeführten Personenzählung wurde klar, dass ein Personenschützer und drei deutsche Mitarbeiter fehlten, unter ihnen der Vizekonsul. Dann klingelte Fiedlers Handy. Ein Soldat des KSK rief sie direkt an und sie gab ihm eine aktuelle Lageinformation durch. Die Kräfte der Bundespolizei kamen indessen ihrem Sicherungsauftrag im Inneren des Hauses nach und riegelten den Ostflügel ab. Plötzlich klärten sie Angreifer in ihrer unmittelbaren Nähe auf und eröffneten das Feuer. Als Antwort wurden die Bundespolizisten mit Handgranaten beworfen und mussten ausweichen.

»Er ist für mich ein Held«

Die Explosion schleuderte Polizeihauptmeister Martin Weber*, den Personenschützer des Vizekonsuls, ebenfalls aus seinem Bett. Auf seinem Alarmstuhl waren Waffe und Weste wohlgeordnet, sodass er selbst blind seine persönliche Ausrüstung anlegen konnte. Sein erster Gedanke galt seinem Schutzbefohlenen. Schnell zog der Personenschützer seine Schutzweste über die Unterwäsche und

Training für den Ernstfall: Regelmäßig nimmt das KSK an internationalen Manövern teil, wie hier bei der Übung »Black Star XIII« in Jordanien am 6. Dezember 2016. Durch dieses Trainingsprinzip war das KSK auch auf den Einsatz in Mazar-e-Sharif vorbereitet.

Immer einsatzbereit: In einer gestellten Szene sichern zwei Kommandosoldaten die Umgebung, 16. September 2020. Die Kommandosoldaten werden während ihrer Ausbildung an den unterschiedlichsten Waffen trainiert, die sie in jeder Situation beherrschen müssen.

stürmte aus seinem Zimmer. Da kamen ihm auch schon drei Deutsche entgegen, unter ihnen der Vizekonsul, der für die Angreifer ein sogenanntes High Value Target darstellte. Weber nahm alle drei in seine Obhut und beabsichtigte, sie zum Schutzraum zu führen. In diesem Moment bemerkte er aber in dem Flur vor einem Großraumbüro Richtung Norden die verschwommenen Umrisse einer Gestalt. Freund oder Gegner? Er wusste es nicht. Wie in Zeitlupe nahm er das Drehen dieser Person in seine Richtung wahr und hörte den im engen Flur ohrenbetäubenden Lärm von Schüssen. Schnell stieß er die drei Konsulatsangehörigen zurück, warf sich selbst zu Boden und eröffnete das Feuer. Als er aufblickte, war die Gestalt verschwunden. Sein Entschluss, in den Schutzraum zu gelangen, war nun nicht mehr umsetzbar. Der Personenschützer wich in sein eigenes Zimmer aus und prüfte, ob seine Schutzbefohlenen verletzt waren. Sie waren unversehrt. Über Funk erhielt er die Information, dass die georgische QRF sowie vor allem das KSK eingesetzt werden sollten. Weber positionierte sich im Türrahmen und beobachtete den Flur durch das Visier seiner Waffe. Mehr als schemenhafte Umrisse konnte er aber nicht erkennen, denn es war tiefschwarze Nacht und die immense Staubentwicklung tat ihr Übriges. Auch wusste er nicht, um wie viele Angreifer es sich insgesamt handelte, geschweige denn, wo sich diese befanden. Die Mitarbeiter des Generalkonsulats verhielten sich trotz der Extremsituation ruhig und überlegt, während Weber den Flur weiter beobachtete, jederzeit mit Beschuss rechnend. Als er über Funk hörte, dass die internationalen Kräfte zur Verstärkung eintrafen, fällte er den Entschluss, sich in dem Raum zu verschanzen. Er schloss so leise und so weit wie möglich die Tür und wartete Entsatz ab. Der Personenschützer rettete mit all seiner Erfahrung, Ruhe und Souveränität drei anderen Menschen das Leben, jederzeit bereit, sein eigenes dafür einzusetzen. Kerstin Fiedler fasste die Leistung von Polizeihauptmeister Martin Weber prägnant zusammen: »Er ist für mich ein Held.«

Der Chef übernimmt das Kommando

Die ersten Kräfte des KSK am Generalkonsulat stießen auf eine äußerst unübersichtliche Lage. Durch die Explosion entstanden Brände und die stockfinstere Nacht schränkte die Sicht erheblich ein. »Du hast keine zehn, 15 Meter weit gucken können«, berichtete Oberstleutnant Andreas Trautmann, der sofort die Führung vor Ort übernahm. Die Abstimmung und Koordination mit

den internationalen Partnern und der bereits auch vor Ort befindlichen afghanischen Polizei gestaltete sich schwierig, denn das anhaltende Feuergefecht, verbunden mit der unklaren Lage und der Sprachbarriere, erschwerte eine reibungslose Kommunikation. Trautmann ließ sich durch die Soldaten der QRF einweisen und pirschte mit seinem kleinen Führungsteam los. Nach mehreren kurzen Sprüngen über den südlichen Teil des Konsulatsgeländes traf das Team im Eingangsbereich des Ostflügels direkt auf die verantwortliche Polizeiführerin. Nach einer kurzen Einweisung übernahm Trautmann gemäß dem Auftrag von Brigadegeneral Bodemann nun als Ground Force Commander vollständig die Führung über alle Teile, die unter anderem aus Kräften der georgischen QRF, der deutschen und niederländischen Force Protection sowie der Polizei bestanden.

Noch bevor die Hauptkräfte des KSK eintrafen, hatte Trautmann seine Planung für das weitere Vorgehen abgeschlossen. Seine Absicht bestand darin, die im nördlichen Bereich des Ostflügels sichernden Georgier mit den anderen Teilen der QRF im äußeren Ring, also in der weiträumigen Absperrung um das Gelände des Generalkonsulats, einzusetzen. Während der Einweisung der Georgier gerieten diese unter Beschuss. Ein Georgier erhielt mehrere Streifschüsse am Helm. Die Beschossenen feuerten zurück und wichen unter Feuer liegend aus, wobei ein weiterer Soldat mehrere Treffer auf seine Schutzplatte erhielt.

Mittlerweile waren die aus nur wenigen Männern bestehenden Teile der Hauptkräfte des KSK eingetroffen. Die Kommandosoldaten übernahmen zusammen mit den nun ebenfalls vor Ort befindlichen Kampfrettern der Luftwaffe und den bereits in der Sicherung stehenden Bundespolizisten den weiteren Schutz im Inneren des Gebäudes. Auf dem gesamten Gelände des Generalkonsulats, also in dem Hauptgebäude samt den dazugehörigen Nebengebäuden, bestand aber noch keine hundertprozentige Sicherheit. Deshalb entschied Oberstleutnant Trautmann, sofort das restliche Gelände durchsuchen zu lassen. Währenddessen nahmen die Angreifer im oberen Stockwerk des Ostflügels Raum um Raum ein, weshalb Trautmann einen Kommandotrupp mit der Befreiung des Vizekonsuls beauftragte. Um sich aber selbst von der Lage außerhalb des Geländes ein Bild machen zu können und vor allem die nötigen Maßnahmen zur Feuerregelung im äußeren Ring zu treffen, bewegte er sich schnellstens nach draußen. Er wies allen außerhalb des Gebäudes kämpfenden Kräften Sicherungsbereiche zu und befahl die Einrichtung einer Sammelstelle, um von dort in direkter Absprache mit Brigadegeneral Bodemann die Evakuierung des Personals zu koordinieren. Zu dieser Zeit befanden sich der deutsche Vizekonsul und seine beiden Mitarbeiter aber immer noch in Gefahr. Sie mussten schnellstens in Sicherheit gebracht werden.

Die Rettung des Vizekonsuls

Im Gebäude wurde weiterhin gekämpft. Rauch und Staub erschwerten die Sicht. Auch die modernsten Nachtsichtgeräte kamen hier an ihre Leistungsgrenze. Erschwerend kam hinzu, dass im Hauptgebäude aufgrund der Explosion einige Decken bereits eingestürzt waren. Den Aufenthaltsort der Diplomaten kannte

Die Wucht der Zerstörung: die aufgerissene Straße vor dem Generalkonsulat am Tag nach dem Anschlag, 11. November 2016.

Aufräumen nach dem Anschlag: Am 11. November 2016 werden noch immer Trümmer vor dem deutschen Generalkonsulat in Mazar-e-Sharif weggeräumt. Die Wucht des Anschlags, der vier Menschen tötete und 33 verwundete, ist angesichts der Schäden zu erahnen.

man: Sie hatten sich im Zimmer des Personenschützers im nördlichen Teil des Westflügels verschanzt. Doch gestaltete sich die Rettung schwierig, denn im gesamten Gebäude musste mit versteckten Sprengladungen gerechnet werden. Von außen drohte ebenfalls Gefahr: Für den Raum Mazar-e-Sharif wurde die Gefahr eines weiteren VBIED gemeldet, was die Befreiungsaktion zusätzlich unter erheblichen Zeitdruck setzte. Der nördliche Teil des Westflügels stellte aufgrund der Trümmer der Explosion und den dort kämpfenden Angreifern eine besondere Herausforderung dar. Auch schien es, dass die Angreifer im oberen Stockwerk immer noch Räume einnahmen und es damit nur eine Frage der Zeit war, bis sie in das Erdgeschoss gelangten. Oberstleutnant Trautmann wusste auch nicht, ob die Stellung des Personenschützers vom Gegner aufgeklärt werden würde oder nicht. Zeit war also der alles entscheidende Faktor.

Durch den Nordflügel gab es kein Durchkommen, weshalb sich der dort eingesetzte Truppführer, Stabsfeldwebel Michael Müller*, für das Vorgehen im Westflügel von Süden herkommend entschied. Vom Ostflügel aus konnten er und seine Männer über den Innenhof zunächst den südlichen Rand des Westflügels einnehmen, woraufhin Müller eine Eindringstelle erkunden ließ. Glücklicherweise war durch die Explosion eine Tür aus den Angeln gerissen worden, die nun zum leisen Eindringen genutzt werden konnte.

Der Kommandotrupp ging unter höchster Anspannung vor. Im oberen Stockwerk hörten die Soldaten die explodierenden Handgranaten und das Vorgehen der Angreifer, die sich innerhalb des Gebäudes von Nord nach Süd bewegten. Der Trupp arbeitete sich Meter für Meter und Raum für Raum Richtung Norden unterhalb der Angreifer vor. Hierbei ging es einerseits um Schnelligkeit, denn das Leben der eingeschlossenen Deutschen stand auf dem Spiel, andererseits musste der aus wenigen Männern bestehende Trupp Umsicht walten lassen angesichts der eigenen Bedrohung durch mögliche versteckte Sprengladungen oder gut verschanzte feindliche Kräfte.

Geschlossene Türen waren dabei immer ein Risiko und erschwerten die Lage: Erwartete die Soldaten dahinter ein Feuergefecht oder ein Selbstmordattentäter, oder waren die Türen mit Sprengfallen versehen? Raum für Raum nahm der Trupp schnell ein, aber mit der nötigen Vorsicht: die nächste Tür, Aufstellung, ein kurzes Kopfnicken, lautlos in den Raum: Feindfrei! Aufstellung und weiter, der nächste Raum. Der Sicherungssoldat des Trupps behielt das Ende des Flures fest im Blick und wurde nur durch Sichtzeichen und Körperkontakt geführt. Keiner sprach ein Wort. Der Kommandotrupp war ein eingespieltes Team und jeder wusste, was zu tun war. Oft hatte man diese Art des Vorgehens im Schießausbildungszentrum des KSK in Calw geübt. Nun brachte der Trupp all seine Routine und Erfahrung ins Spiel.

Die Gefahr war noch immer nicht gebannt, denn die Männer wussten nicht genau, wo sich die Angreifer befanden. Der Kommandotrupp näherte sich langsam einer Treppe nach oben. Der vorderste Mann beobachtete die Treppe, stets gefasst auf eine herunterfliegende Handgranate oder Feuer aus Handwaffen. Der Trupp kam nun am Treppenabsatz an. Die Sicherung wurde aufgebaut. Dann gingen die Soldaten weiter vor und gelangten schließlich in die Nähe des Raumes, in dem sich der Personenschützer mit seinen Schutzbefohlenen, darunter der Vizekonsul, verschanzt hatte. Eine Verbindung wurde hergestellt. Der Truppführer meldete Oberstleutnant Trautmann über Funk, dass sie die Deutschen unverletzt in Gewahrsam genommen hatten und nun wieder das Gebäude verlassen würden. Jetzt musste es noch schneller gehen: Die Handgriffe liefen reibungslos ab. Die Sicherungsbereiche und vor allem der Schutz des Vizekonsuls und der beiden weiteren Mitarbeiter waren gewährleistet. Es ging nun darum, die Evakuierung so schnell wie möglich durchzuführen. Die Gruppe bewegte sich zügig den Flur entlang, minimierte die Flankenbedrohung aus den Räumen und stellte schließlich die Verbindung mit den eigenen Kräften sicher her.

»Dafür bin ich ihnen ewig dankbar!«

Die geretteten Deutschen wurden in der Nähe des Generalkonsulats an Brigadegeneral Bodemann und die Force-Protection-Kräfte des TAAC-N übergeben. Endlich konnte dem Krisenstab in Berlin gemeldet werden, dass alle Konsulatsangehörigen lebend gerettet worden waren. Bodemann, der Gesamtverantwortliche für die Operation, fasste in seiner Bewertung das Geschehen später so zusammen: »Die georgische QRF und alle eingesetzten Kräfte einschließlich der Bundespolizei haben Hervorragendes in dieser Krisenlage geleistet. Vor allem aber ist es dem schnellen und beherzten Eingreifen von Oberstleutnant Trautmann und seinen Kräften des KSK zu verdanken, dass alle Angehörigen des Deutschen Generalkonsulats lebend und ohne große Verletzungen gerettet werden konnten. Dafür bin ich ihnen ewig dankbar!«

Der Morgen graute bereits, als die Kräfte die gesamte Evakuierungsoperation der Konsulatsangehörigen erfolgreich abschlossen. Dennoch: Bei dem Angriff wurden mindestens sechs afghanische Zivilisten getötet und fast 130 weitere in ihren Häusern, Wohnungen, Geschäften sowie auf der Straße unter anderem durch die Splitterwirkung oder durch die Trümmer der einstürzenden Nachbargebäude verletzt. Von den Angreifern wurde einer gefangen genommen. Die übrigen fanden den Tod.

Ehrung und Anerkennung: Ehrenkreuz der Bundeswehr für herausragende Einzelltat unter Gefahr für Leib und Leben.

Bundeswehr/Anna Neuhaus-Fischer

Das KSK befand sich in einer Extremsituation. Auch wenn die Bundeswehr bereits über Kampferfahrung verfügte, so stellte diese Evakuierungsoperation etwas Besonderes dar: Ohne die Unterstützung schwerer Waffen und unter schwierigsten Bedingungen nahmen die Kommandosoldaten aus Calw ein einsturzgefährdetes und vom Gegner besetztes Gebäude ein. Vor allem das ruhige, durchdachte Handeln in einer stressigen und lebensbedrohlichen Situation war vorbildlich. Der erfolgreiche Einsatz verdeutlicht den hohen Stellenwert der Auftragstaktik und die für deren Umsetzung notwendige einsatznahe, umfassende und harte Kommandoausbildung. Keine detaillierten Befehle, sondern ein Auftrag mit den nötigen Freiheiten in der Umsetzung führte die Männer des KSK zum Erfolg.

Vorbilder?

Nicht umsonst erhielt die erfolgreiche Evakuierungsoperation des KSK drei Jahre nach dem Anschlag eine besondere Würdigung: Die Bundesministerin der Verteidigung zeichnete Oberstleutnant Trautmann und Stabsfeldwebel Müller wegen ihres selbstständigen, entschlossenen und erfolgreichen Handelns mit dem Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold mit rotem Rand (besonders herausragende Leistungen unter Gefahr für Leib und Leben) aus. Am 12. August 2019 nahm Trautmann die Auszeichnung aus den Händen von Generalleutnant Erich Pfeffer, dem Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr, entgegen. Stabsfeldwebel Müller erhielt die Auszeichnung Anfang Dezember 2019 in Mazar-e-Sharif durch die Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer. Auf diese Weise wurden das tapfere Handeln der Kommandosoldaten und auch die Eigeninitiative Trautmanns im Sinne der Auftragstaktik als vorbildlich für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr gewürdigt.

* Name geändert

Oberstleutnant Dr. Herkules Reimann *ist Hörsaalleiter an der Offizierschule des Heeres in Dresden.*

Wannsee-Konferenz

20. Januar 1942

»Besprechung mit anschließendem Frühstück«: Im einstigen Gästehaus der SS am Großen Wannsee in Berlin wurde der Holocaust organisiert. Heute befindet sich an diesem Ort die Gedenk- und Bildungsstätte »Haus der Wannsee-Konferenz«.

Am 20. Januar 1942 trafen sich 15 hochrangige Angehörige der NS-Regierung, der NSDAP sowie der SS in einer Villa am Berliner Wannsee zu einer Besprechung, die als sogenannte Wannsee-Konferenz in die Geschichte einging. Das Tagungsthema war von welthistorischer Bedeutung: die »Endlösung der Judenfrage«, das heißt die systematische Ermordung der europäischen Juden.

Unter der Leitung von SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich wurde die Organisation des Völkermordes besprochen. Es ging um koordinative Maßnahmen eines schon laufenden Menschheitsverbrechens, nicht erst – wie oft fälschlicherweise dargestellt – um den Entschluss zum Völkermord. Deportationen und Massenmorde fanden zu dieser Zeit schon längst statt. Ein genaues Datum für ihren Beginn lässt sich zwar nicht benennen, denn für die »Endlösung« ist kein schriftlicher »Führerbefehl« überliefert. Aber spätestens im Herbst 1941 war die umfassende »Vernichtung des Judentums« beschlossene Sache.

Eine Sekretärin stenografierte das am Wannsee Gesprochene. SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann – im Reichssicherheitshauptamt verantwortlich für die Deportation von Juden, nach dem Krieg in Argentinien gefasst und 1962 in Israel hingerichtet – fertigte nach der Besprechung ein mehrfach überarbeitetes Protokoll an. Ein Exemplar ist erhalten geblieben.

Demnach trug Heydrich zu seinem Deportations- und Ausrottungsplan vor. Etwa elf Millionen Juden aus allen Ländern Europas sollten zum Arbeitseinsatz in den Osten transportiert werden. Der Großteil, so heißt es im Protokoll, würde »durch natürliche Verminderung ausfallen«. Das bedeutete also nichts anderes als die »Vernichtung durch Arbeit«. Neben den Auswahlkriterien für die Deportationen stand zudem die »Bereinigung der Mischehen- und Mischlingsfragen« auf der Tagungsordnung, wobei es um Sterilisierung und Zwangsscheidungen ging. Abschließend sprachen die Teilnehmer noch über »Arten der Lösungsmöglichkeiten« – so das Protokoll ohne genauere Ausführungen, womit vermutlich die verschiedenen Methoden des Massenmordes gemeint waren.

Insgesamt ist das Protokoll in einer sehr nüchternen, aber chiffrierten Sprache verfasst. Schließlich sollte das ungeheuerliche Verbrechen weitgehend geheim bleiben. Eichmann gab später in einem Verhör allerdings an, dass ungezwungen vom Töten und Vernichten gesprochen worden sei. Gegenüber Heydrichs Ausführungen gab es auch keine nennenswerten Einwände der Beteiligten. Eichmann sprach gar von einer »freudigen Zustimmung«.

Am Wannsee fand im Januar 1942 folglich ein Schlüsselereignis für die Organisierung des Holocaust statt. Trotzdem entstand auch hier noch kein umsetzungsfähiger Gesamtplan für den Völkermord. Die Beschlüsse wurden zwar auf Folgekonferenzen der nachgeordneten Ebenen – nun auch unter Beteiligung der Wehrmacht – präzisiert, aber vieles blieb bis zuletzt Improvisation. Dennoch nahmen die Deportationen, die Zahl der Zwangsarbeiter und schließlich die zunehmend industriellen Massenmorde von da an stetig zu. Am Ende fielen dem nationalsozialistischen Völkermord etwa sechs Millionen Juden zum Opfer.

Chris Helmecke

»Cerberus« und »Donnerkeil«

11.–13. Februar 1942

Zwischen dem 11. und 13. Februar 1942 verlegten die deutschen Schlachtschiffe »Scharnhorst« und »Gneisenau« sowie der Schwere Kreuzer »Prinz Eugen« unter strengster Geheimhaltung im Unternehmen »Cerberus« von Brest durch den Ärmelkanal in die Nordsee. Die Royal Navy wurde von dieser Verlegung überrascht und konnte nicht mehr rechtzeitig reagieren. Auch schlechtes Wetter und Glück trugen zum Gelingen des Kanaldurchbruchs bei. Die Kriegsmarine wählte die kürzeste Route durch den Ärmelkanal hindurch, sodass die Luftwaffe eine ausreichende Luftsicherung mit ihrem Unternehmen »Donnerkeil« gewährleisten konnte.

»Cerberus« war ein taktischer Erfolg. Es wurde im Sinne eines modernen JOINT-Unternehmens zwischen Luftwaffe und Kriegsmarine vorbereitet. Die Luftwaffe sicherte die Schiffe permanent mit einem Luftschirm aus mindestens 16 Jagdflugzeugen. Ihre Störsender beeinträchtigten im elektronischen Kampf nachhaltig die britischen Küstenradarstellungen und behinderten so die Lagebilderstellung. Das Unternehmen »Donnerkeil« war eine wichtige Wegmarke in der Geschichte des elektronischen Kampfes. Auch wenn der Kanaldurchbruch einer von so vielen taktischen Erfolgen der Wehrmacht war, handelte es sich doch um einen strategischen Wendepunkt. Er bedeutete den Rückzug der großen Kampfschiffe aus der Atlantikschlacht. Der Handelskrieg wurde bis Mai 1943 nur noch mit U-Booten und Hilfskreuzern geführt. Das läutete das Ende der Ära deutscher Schlachtschiffe ein.

Der deutsche Schiffsverband während des Kanaldurchbruchs im Februar 1942.

Christian Jentzsch

Truman-Doktrin

12. März 1947

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die Kooperation zwischen den USA und der Sowjetunion weitgehend zum Stillstand gekommen. 1946 warnte der diplomatische Vertreter der USA in Moskau, George F. Kennan, die damalige US-Regierung vor der aggressiven sowjetischen Politik, der man entschieden entgegentreten müsse. Die sowjetische Unterstützung kommunistischer Umsturzversuche in Griechenland, in der Türkei und im Iran verstärkte diese Wahrnehmung. Die US-Regierung befürchtete, dass die Sowjetunion ihren Einflussbereich auf diesem Wege künftig erheblich ausweiten würde. Vor diesem Hintergrund verkündete der Präsident der USA, Harry S. Truman, am 12. März 1947 in einer Rede vor dem US-Kongress eine neue strategische Ausrichtung der US-amerikanischen Außenpolitik: die Containment-Strategie (Eindämmungs-Strategie). Truman stellte fest: »Die freien Völker der Welt rechnen auf unsere Unterstützung in ihrem Kampf um die Freiheit. Wenn wir in unserer Führungsrolle zaudern, gefährden wir den Frieden der Welt.«

Die USA garantierten in der Folge jedem Staat militärische Unterstützung, der von einer Einflussnahme durch die Sowjetunion bedroht war. Ein Teil dieser Politik war auch der Marshallplan, der 16 westeuropäische Staaten finanziell beim Wiederaufbau unterstützte. Spätere Militäreinsätze im Koreakrieg und in Indochina wurden ebenfalls mit der Truman-Doktrin begründet.

Die Doktrin wurde als eine Art »Kriegserklärung« der USA an die Sowjetunion wahrgenommen. Sie verfestigte zusätzlich die Fronten der Machtblöcke im Kalten Krieg. Die USA übernahmen nun die Rolle als weltweite Ordnungsmacht.

Harry S. Truman (1884–1972), 33. US-Präsident.

Cornelia Juliane Grosse

Bücher

Zeitzeugen der Shoah

Sie heißen Tobias, Livia, Selma, Susanna, Emerich und Elisabeth. Heute leben sie größtenteils in Schweden und sind weit über 80 Jahre alt. Doch ihre Kindheit verbrachten sie in Ghettos, in Konzentrationslagern und auf Todesmärschen. Sie sind Überlebende der Shoah. Die schwedische Journalistin Jessica Bab Bonde und der Zeichner Peter Bergting haben ihre Erinnerungen in eindrucksvollen Text-Bild-Geschichten festgehalten.
Für die heute heranwachsende Generation wird es kaum noch Gelegenheit geben, selbst mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der Shoah ins Gespräch zu kommen. Doch angesichts von anschwellenden antisemitischen und rassistischen Äußerungen und Taten in der Welt sind es deren Erinnerungen, die uns heute vermitteln, was nie wieder geschehen darf. Dass diese sechs überlebenden Kinder ihre Erlebnisse mit uns in Form dieses Buches teilen, ist daher ein unbezahlbarer Schatz und zugleich ein Appell gegen das Vergessen.

Friederike Höhn

Jessica Bab Bonde/Peter Bergting,
Bald sind wir wieder zu Hause,
Cross Cult, Ludwigsburg 2020.
ISBN 978-3966-581783, 103 S.,
20,00 Euro

Täter des Holocaust

Thomas Sandkühler hat ein gut geschriebenes, quellengesättigtes Buch vorgelegt, in dessen Mittelpunkt zwei nichtdeutsche Gewaltorganisationen des Holocaust stehen: die sogenannten Trawniki-Männer, sowjetische Kriegsgefangene, die im Dorf Trawniki ausgebildet wurden und der SS unterstanden, sowie die Ukrainische Hilfspolizei.
Sandkühler vergleicht dabei Rekrutierungsmuster, Organisationsspezifika und Gewaltpraxen. Unter anderem analysiert er die Rechtsstellung der »Trawnikis« – formal waren sie noch Kriegsgefangene – und betont ihren Status als Zwangsorganisation. Eine legale Verweigerung des SS-Dienstes, etwa in den Vernichtungslagern, war nicht möglich. Motivationsfaktoren für ihre Beteiligung am Judenmord seien dabei die Möglichkeit zur Ausübung von Macht sowie die Aussicht auf finanzielle Bereicherung am Hab und Gut der Opfer gewesen.
Die nichtdeutsche, europäische Dimension des Holocaust wird durch diese Studie einmal mehr verdeutlicht.

Victor Marnetté

Thomas Sandkühler, Das Fußvolk der »Endlösung«. Nichtdeutsche Täter und die europäische Dimension des Völkermords, Darmstadt 2020. ISBN 978-3-534-27257-0, 431 S., 40,00 Euro

Vernichtungsbürokraten

Wer bei Comics an Unterhaltung denkt, wird von Fabrice Le Hénanff mit dem Gegenteil konfrontiert: Der französische Zeichner hat aus den vorhandenen Protokollen und Überlieferungen der Wannsee-Konferenz eine beeindruckende und zugleich bedrückende Graphic Novel gemacht. Bei dem Treffen in einer Villa am Berliner Stadtrand am 20. Januar 1942 legten Vertreter der NS-Ministerien, der SS und der NSDAP die Organisation für die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden fest. Hier wurde Massenmord als kaltblütiges Verwaltungshandeln organisiert.
Le Hénanff gelingt es, die nationalsozialistische Vernichtungsbürokratie der Wannsee-Konferenz in kalte Bilder zu übertragen und darin die Dimension der Grausamkeit zu erfassen. Als Vorlagen für die Zeichnungen dienten ihm historische Aufnahmen. Das harte Lächeln und der starre Blick von Reinhard Heydrich, SS-Obergruppenführer und mit der »Endlösung der Judenfrage beauftragt«, bleiben nach der Lektüre lange im Gedächtnis.

Friederike Höhn

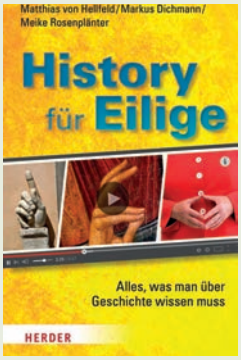
Fabrice Le Hénanff, Wannsee, München 2019. ISBN 978-3-95728-304-7, 88 S., 24,00 Euro

Traditionsstifter?

Reinhard Hauschild (1921–2005) war ein untypischer Soldat der Bundeswehr. Er konnte schreiben, ohne in den Stil des Militärs zu verfallen. Der kriegsgediente Artillerieoffizier, der nach dem Zweiten Weltkrieg als Journalist für Presse und Hörfunk unterwegs war, meldete sich 1955 freiwillig zur Bundeswehr. Im gerade entstandenen Bundesverteidigungsministerium wurde er dem Pressereferat zugeteilt und arbeitete fortan sechs Jahre lang als erster Presseoffizier der Bundeswehr und später als Vater der Psychologischen Verteidigung an der Schnittstelle zwischen Streitkräften und veröffentlichter Meinung. Das gut bebilderte Buch schildert den Lebensweg eines facettenreichen Offiziers, der weit über den militärischen Tellerrand hinausschaute. Dass der »Staatsbürger in Uniform« auch außerhalb der Bundeswehr wahrgenommen wurde, war auch Hauschilds Verdienst. Deswegen ist er zu Recht traditionswürdig für unsere Streitkräfte.

Heiner Möllers

Dirk Drews/Stefan Gruhl (Hrsg.), Oberst Reinhard Hauschild 1921–2005. Traditionsstifter für die Bundeswehr? Gedenkschrift zum 100. Geburtstag, Berlin 2021. ISBN 978-3-96776-022-4, 184 S., 19,80 Euro



History für Eilige

Wer waren Sykes und Picot und warum sind sie mit verantwortlich für die heutigen krisenhaften Entwicklungen im Nahen Osten? Wann fanden die Luftangriffe auf Dresden statt und warum versuchen Rechtspopulisten häufig dieses Ereignis für sich zu vereinnahmen?
Für insgesamt 80 ausgewählte Themen findet der Band Antworten auf diese und weitere spannende Fragen. Kurz, informativ und gut erzählt werden die wichtigsten Hintergründe zu den einzelnen Themen erklärt. Und wer es nicht ganz so eilig hat, erhält für jedes Thema weiterführende Literaturhinweise und einen QR-Code für die passende Podcast-Sendung von »Eine Stunde History«.
Es geht um Themen, die uns heute bewegen: um Migration, um Rassismus und Antisemitismus, um Deutschland und Frankreich als zentrale Mächte in Europa und um den Brexit. Allein das macht die Beiträge lesens- und hörenswert, denn der Blick in die Geschichte hilft, die Welt von heute zu verstehen.

Cornelia Juliane Grosse

Matthias von Hellfeld/Markus Dichmann/Meike Rosenplänter, History für Eilige. Alles, was man über Geschichte wissen muss, 2. Aufl., Freiburg i.Br. 2021. ISBN 978-3-451-38962-7, 367 S., 20,00 Euro

Legionäre Frankreichs

Vor fast 200 Jahren gegründet, gilt sie in Frankreich als stolzes Symbol für Offenheit, außerhalb Frankreichs wurde sie hingegen lange Zeit als Söldnerarmee beschrieben. Ihre Angehörigen stammen aus aller Welt, in der Vergangenheit nicht selten als gescheiterte Existenzen denn als Idealisten angesehen: die Fremdenlegion.
Eckard Michels widmet sich der mannigfaltigen Geschichte dieser wohl bekanntesten, aber auch umstrittenen und mit Mythen belegten militärischen Formation. Er blickt dabei auf das Selbstverständnis der Legion und beschreibt mithilfe verschiedener Einzelschicksale Leben und Kampf der Legionäre. Zudem zeigt er auf, welche Spuren ihre weltweiten Einsätze in der Wahrnehmung anderer Staaten hinterlassen hatten.
Eine gelungene und lesenswerte Studie, die in keiner Bibliothek zu den Spezialverbänden der Welt fehlen darf!

Chris Helmecke

Eckard Michels, Fremdenlegion. Geschichte und Gegenwart einer einzigartigen militärischen Organisation, Freiburg i.Br. 2020. ISBN 978-3-451-38533-9, 464 S., 40,00 Euro

Medien

Wendepunkt 9/11 und der Krieg gegen den Terror

Netflix, 2021, 5 Folgen à 59–66 Min., FSK 16.

Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan ist beendet. Die Aufarbeitung fängt indes gerade erst an. Die erste offizielle Auftaktveranstaltung des BMVg hierzu fand am 6. Oktober 2021 statt. Eine der wichtigsten Aufgaben besteht darin, die Zusammenhänge zu ergründen zwischen den Ursachen, dem Verlauf des Einsatzes und dem schwierigen Truppenabzug 2021.

Diesen spürt die Netflix-Doku-Serie »Wendepunkt: 9/11 und der Krieg gegen den Terror« in fünf thematisch geordneten, jeweils etwa einstündigen Folgen nach. Herausgegeben wurde sie kurz vor dem 11. September 2021, dem 20. Jahrestag der Terroranschläge in den USA. Die Bilder und Geschichten, die zusammenstürzenden Twin Towers des World Trade Center, die Tausende unter sich begraben, verlieren dabei weiterhin nichts von ihrem Schrecken.

Die Serie erzählt die Geschichte dieses Tages weiter – sowohl rückwärts als auch vorwärts. Zum einen blickt sie in die Vergangenheit und zeigt auf, inwiefern die US-Amerikaner selbst zur Entstehung des Terrornetzwerkes al-Qaida beigetragen haben und wie Osama bin Laden zum Drahtzieher der Anschläge aufsteigen konnte. Zum anderen widmet sie sich dem Einsatz der internationalen Streitkräfte in Afghanistan nach den Terroranschlägen. Dabei kommen zahlreiche Experten und Veteranen zu Wort, die von den Herausforderungen und emotionalen Belastungen im Einsatzalltag erzählen und von den Schwierigkeiten, auf die sie im Spannungsfeld von Kampf und Wiederaufbau trafen. Der Bogen der Darstellung wird dabei weit gespannt. Soldaten berichten, wie sie den Verlust von Kameraden miterleben mussten; sie erzählen von der Verzweiflung ihrer Vorgesetzten, die Befehle erhielten, eben erst errichtete Infrastruktur und damit auch aufgebautes Vertrauen wieder zu zerstören, und Experten verweisen auf Vorfälle erheblichen Missmanagements, etwa wenn den afghanischen Streitkräften auf Wunsch eines afghanischen Generals eine waldgrüne Tarnuniform gestellt wurde – in einem Land, in dem es kaum bewaldete Flächen gibt.

Die Serie enthüllt keine neuen Hintergründe zu 9/11 oder den anschließenden militärischen Einsätzen. Sie bietet aber einen eindrücklichen und guten Überblick zu den komplizierten Zusammenhängen der Ereignisse. Die Integration zahlreicher Interviews und Archivaufnahmen unterstützen den sachlichen Ton. Die Bilder der Ereignisse und die Erzählungen der Beteiligten bieten dabei auch ohne effektheischende Elemente ausreichend Stoff zum Nachdenken.

Cornelia Juliane Grosse

Ground Zero: Luftaufnahme nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York im September 2001.

Ausstellungen

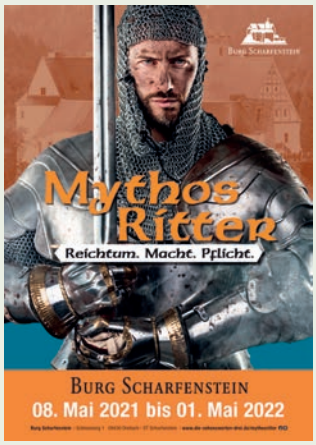
Aufgrund der Corona-Pandemie sind Besuche von Ausstellungen von Museen und anderen Einrichtungen derzeit nur eingeschränkt möglich. Bitte informieren Sie sich bei den einzelnen Veranstaltern, wann und in welchem Umfang die Ausstellungen geöffnet sind. Wir empfehlen Ihnen, das bereitgestellte mediale Angebot der einzelnen Einrichtungen zu nutzen.

Berlin

Der Hauptmann von Köpenick – Vom Sträfling zur Legende
AlliiertenMuseum
Clayallee 135
14195 Berlin
Tel.: 0 30 / 81 81 99 0
www.alliiertenmuseum.de
Bis 27. Februar 2022
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt frei

Drehbach

Mythos Ritter – Reichtum.Macht.Pflicht
Burg Scharfenstein
Schlossberg 1
09430 Drebach / OT Scharfenstein
Tel.: 03 72 91 / 38 00
www.die-sehenswerten-drei.de



Bis 1. Mai 2022
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 17.00 Uhr
An Feiertagen auch montags geöffnet
Sonderausstellung inkl. Burgmuseum
Eintritt: 8,00 Euro
ermäßigt: 6,00 Euro
Familien: 21,00 Euro

Haltern am See

Roms fließende Grenzen. Rom in Westfalen 2.0
LWL-Römermuseum
Weseler Straße 100
45721 Haltern am See
Tel.: 0 23 64 / 93 76 0
www.lwl-roemermuseum-haltern.de
25. März bis 30. Oktober 2022
Dienstag bis Freitag
9.00 bis 17.00 Uhr
Samstag, Sonntag, Feiertage
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 7,00 Euro
ermäßigt: 3,50 Euro
Eintritt bis 17 Jahre frei

Hannover

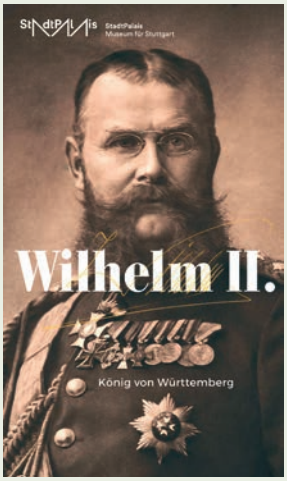
Ritter und Burgen – Zeitreise ins Mittelalter
Landesmuseum Hannover
Willy-Brandt-Allee 5
30169 Hannover
Tel: 05 11 / 98 07 68 6
www.landesmuseum-hannover.de
Bis 20. Februar 2022
Dienstag bis Sonntag
10.00 – 18.00 Uhr
Eintritt: 10,00 Euro
ermäßigt: 8, 00 Euro
Familien: 20,00 Euro

Munster

Panzermuseum
Hans-Krüger-Straße 33
29633 Munster
Tel.: 0 51 92 / 25 52
www.daspanzermuseum.de
Dauerausstellung
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
An Feiertagen auch montags geöffnet
Eintritt: 8,00 Euro
ermäßigt: 4,00 Euro
Familien: 15,00 Euro

Stuttgart

Wilhelm II. König von Württemberg
StadtPalais
Museum für Stuttgart
Konrad-Adenauer-Straße 2
70173 Suttgart
Tel.: 07 11 / 21 62 58 00
www.stadtpalais-stuttgart.de
Bis 27. März 2022
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 8,00 Euro
ermäßigt: kostenlos



Der besondere Tipp

Eine verlorene Mission am Hindukusch?

Der Sommer 2021 erschütterte die internationale Politik: In kürzester Zeit hatten die Taliban Afghanistan zurückerobert. Die internationale Gemeinschaft konnte oder wollte dem nichts entgegensetzen. Führende Politiker wirkten in den Medien völlig überrumpelt. Der »Westen« hat Afghanistan verloren und damit sind womöglich auch Fortschritte zunichte gemacht, die bis dahin unter vielen Opfern errungen worden waren.

Mit seiner Hörfunk-Serie blickt Marc Thörner in sechs Folgen auf den fast 20-jährigen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zurück. Thörner kennt sich aus damit. Bis 2007 Auslandsreporter für die ARD, ist er seit 2009 freier Journalist mit einem Schwerpunkt auf die Maghreb- und Golfstaaten sowie Irak, Pakistan und Afghanistan. Regelmäßig veröffentlicht er Berichte zu diesen Regionen und auch zum Bundeswehreinsatz am Hindukusch.

Thörners Serie – bei der es vor allem um Wahrnehmungen geht – ist multiperspektivisch angelegt. In Originalaufnahmen aus verschiedenen Jahren kommen die unterschiedlichsten Protagonisten zu Wort: Deutsche und Afghanen, führende Politiker, Soldaten und sogar die Taliban.

Im ersten Teil skizziert Thörner die Situation der Menschen in Afghanistan seit 2001. Er nimmt zudem die Zuhörer mit in das Jahr 2006, das Feldlager in Mazar-e-Sharif war noch nicht fertiggebaut. Der Leiter des Baubüros erläutert die Besonderheiten in der Zusammenarbeit mit den afghanischen Bauarbeitern. Im Norden Afghanistans scheint es für die Deutschen noch ruhig, der Krieg findet vor allem im Süden des Landes statt. Doch der Bauleiter thematisiert auch den Anschlag auf einen Bundeswehrbus in Kabul 2003, bei dem vier deutsche Soldaten starben. Ein Soldat des KSK berichtet genauer davon. Auch fallen in dieser Folge die medialen Schlagworte wie »Krieg« und »Gefallene«.

Die zweite Folge wirft einen Blick auf Land und Leute in Afghanistan sowie auf die Probleme der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Ein pakistanischer Offizier erläutert seine Sicht zur sich wandelnden Rolle Deutschlands in diesem Konflikt. Die Folgen Drei und Vier thematisieren den Wandel vom »Nation Building« zur Aufstandsbekämpfung; es geht um Anti-Terror-Missionen der USA, das Ansehen der Deutschen nach der Bombardierung bei Kunduz 2009, den Umgang mit Warlords sowie um die Zusammenarbeit mit Milizen. Folge Fünf richtet den Blick auf die afghanischen Kontrahenten: ein Anführer der Taliban und ein Gouverneur der Nordallianz. Die letzte Folge beschreibt die Verhandlungen mit den Taliban seit 2019, charakterisiert den IS als weiteren Akteur und bilanziert schließlich das internationale Engagement in Afghanistan.

Thörners Feature lebt stärker von Originaltönen als von ausführlichen Analysen, doch die Berichte aus erster Hand, gerade die kritischen Perspektiven, zeigen schonungslos die Herausforderungen des deutschen Afghanistan-Einsatzes auf.

Chris Helmecke

Der verlorene Frieden. Deutschlands Einsatz in Afghanistan, Feature-Serie von Marc Thörner, sechs Folgen à 22–28 Min., Deutschlandfunk 2021

Deutschlandfunk

Impressum

Herausgegeben
vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
durch Oberst i.G. Dr. Sven Lange
und Oberst Dr. Frank Hagemann (V.i.S.d.P.)

Verantwortlich für die akt. Ausgabe:
Oberstleutnant Chris Helmecke M.A.
Fregattenkapitän Dr. Christian Jentzsch

Redaktion:
Hauptmann Andreas Eichner M.A.
Cornelia Juliane Grosse M.A.
Oberstleutnant Chris Helmecke M.A.
Fregattenkapitän Dr. Christian Jentzsch
Oberstleutnant Dr. Harald Potempa
Oberstleutnant Dr. Klaus Storkmann
Henning de Vries M.A.
Major Dr. Dennis Werberg

Leiter Fachbereich Publikationen:
Dr. Christian Adam
Bildredaktion: Esther Geiger
Lektorat: Dr. Aleksandar-S. Vuletić
Karten/Grafiken: Dipl.-Ing. Bernd Nogli
Layout: Carola Klinke

Anschrift der Redaktion:
Redaktion »Militärgeschichte«
ZMSBw
Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam
E-Mail: ZMSBwRedaktionMilGeschichte@bundeswehr.org
Homepage: www.zmsbw.de

© Titelbild: Bundeswehr/Jana Neumann

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an obige Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Die Redaktion behält sich Änderungen von Beiträgen vor. Die Wiedergabe in Druckwerken oder Neuen Medien, auch auszugsweise, anderweitige Vervielfältigung sowie Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung erlaubt. Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von in dieser Zeitschrift genannten Webseiten und deren Unterseiten.

Für das Jahresabonnement gilt aktuell ein Preis von 15,00 Euro inklusive Versandkosten (innerhalb Deutschlands). Die Hefte erscheinen in der Regel jeweils zum Ende eines Quartals. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Ende des Bezugszeitraumes.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:
ZMSBw
z.Hd. Frau Christine Mauersberger
Postfach 60 11 22, 14471 Potsdam
Tel.: 0331/9714 599, Fax: 0331/9714 507
Mail: ChristineMauersberger@bundeswehr.org

© 2021 für alle Beiträge beim ZMSBw

Druck: Druckhaus Plagge GmbH
An der Feuerwache 7, 49716 Meppen
E-Mail: info@druckhaus-plagge.de

ISSN 0940-4163

Einblicke in das Kommando Spezialkräfte

Graf-Zeppelin-Kaserne, Calw

Bundeswehr/KSK

Bundeswehr/KSK

2018 eröffnete die Regional Ausstellung »Das KSK: Menschen, Mythen und Missionen« in der Graf-Zeppelin-Kaserne in Calw. Filmbeiträge, Objekte aus dem Einsatz, Interviews und Gründungsdokumente aus den 1990er-Jahren vermitteln den Soldatinnen und Soldaten sowie zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Standortes Geschichte und Tradition ihrer militärischen Heimat.

Derzeit befindet sich ein Informationsangebot außerhalb der Kaserne im Aufbau, das auch der Öffentlichkeit zugänglich sein soll. Medienstationen informieren voraussichtlich ab Herbst 2022 über Auftrag, Ausbildung und Einsätze der Verbandsangehörigen. Ausrüstungsgegenstände, Großgeräte und interaktive Module werden exklusive Einblicke in den militärischen Alltag des KSK bieten.

i

Graf-Zeppelin-Kaserne
Graf-Zeppelin-Straße 22
75365 Calw

Telefon: 07 05 1 / 79 10
KSKBesucherzentrum@bundeswehr.org

Informationen zu den Regionalen Ausstellungen der Bundeswehr erhalten Sie unter: ZMSBwMuseumswesen@bundeswehr.org

www.zmsbw.de

Publikationen des ZMSBw

Markus Götz,
»Hier ist Krieg«.
Afghanistan-Tagebuch 2010.
Im Auftrag des ZMSBw hrsg. von
Christian Hartmann.
Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2021
(= Bundeswehr im Einsatz, 4),
486 Seiten, 45,00 Euro,
ISBN 978-3-525-31136-3

Hans-Peter Kriemann,
Hineingerutscht? Deutschland und der Kosovo-Krieg,
Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2021
(= Bundeswehr im Einsatz, 2),
487 Seiten, 45,00 Euro,
ISBN 978-3-525-31135-6

ZUGEHÖRT! Der Podcast des ZMSBw

Podcast ZUGEHÖRT!

Folge 25: »9/11«
Die 25. Folge von »ZUGEHÖRT! Der Podcast des ZMSBw« dreht sich um »9/11«: Wie hat das Pentagon den Angriff auf die USA erlebt und bewertet? Dr. Philipp Münch hat dies entlang offizieller Berichte US-amerikanischer Stellen untersucht.